

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 1 Mark, bei Selbstabholung 90 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 1.10 Mark, bei Selbstabholung 1 Mark. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark, für 1 Monat 1 Mark (Bestellgeld vierteljährlich 45 Pfg., monatlich 14 Pfg.).

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.
Telegraphen-Adresse: Postbezugsstelle Leipzig.
Fernsprecher: 18808.

Inseratskosten des Tagesblattes Zeitungs- oder deren Raum 80 Pfg., bei Plagvorschritt 85 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Bellegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4.— Mark jedes Tausend, bei Zellaufgabe 6.— Mark. — Schluss der Annahme von Inseraten für die tägliche Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, Fernsprecher: 4596 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Keine Einschränkung des U-Boot-Krieges.

Die Engländer bei Kut-el-Amara von neuem eingeschlossen.

Jahreslage des Weltkriegs.

15. Februar 1917. Englische Angriffe auf die bei Dpern verlorene Stellung abgeschlagen. — Wiedereröffnung des englischen Parlaments; Aquith spricht über die militärische und finanzielle Lage; im Oberhaus spricht Ritchener über die militärische Lage. Kardinal Mercier beim Papst. — Die Internationale Sozialistische Kommission beschließt in Bern die Einberufung einer Internationalen Konferenz für April 1918.

Die neuesten Meldungen.

Die Heimreise Bernstorffs.

Köpenick, 15. Februar. Das holländische Neuwe Bureau erfährt aus Washington: Graf Bernstorff hat vorgestern Abend mit seiner Frau und vier Begleitenden die Besatzung Washington verlassen und schiffte sich gestern in New York ein. (Berliner Tageblatt.)

Japan und die Einwanderervorlage in Amerika.

Berlin, 15. Februar. Die die Kreuzzeitung erzählt, laut es Tokioer Pressemeldungen zufolge in den größeren japanischen Städten, darunter in Tokio, Yokohama und Osaka nach Bekanntwerden der Haltung des amerikanischen Senats zur Einwanderervorlage, die für die Japaner beleidigende Bestimmungen enthält, zu Protestkundgebungen vor den diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Union, die von Tausenden von Personen veranstaltet wurden. Die Protestkundgebungen waren von der einflussreichen sozialistischen Partei Genyusha organisiert. Man rechnet in Tokio mit japanischen Schritten in Washington.

Amerika und Deutschland.

Amsterdam, 15. Februar. Der Berliner Berichterstatter der Associated Press, der in Kopenhagen angekommen ist, sandte seinem Bureau nach einer New Yorker Neutermelung den Bericht, in dem es heißt, daß er den Krieg zwischen Amerika und Deutschland, falls Amerika an seinen Bedingungen festhalte, für unermesslich halte. Die deutsche Regierung habe den Kommandanten der Unterseeboote Befehl gegeben, keine neutralen Schiffe und vor allem keine amerikanischen, soweit dies möglich sei, ohne Warnung zu vernichten. Es könnten aber deshalb trotzdem Fälle vorkommen, daß amerikanische Schiffe oder daß amerikanische Bürger an Bord neutraler Schiffe in einem solchen Fall in Mitleidenschaft gezogen würden. Deutschland hat nicht die Absicht, den neuen Unterseebootkrieg, wie er kürzlich angekündigt wurde, aufzugeben. Man berechnet, daß wenn eine Million Tonnen englischen Schiffraums vernichtet und 3 Millionen Tonnen neutraler Schiffraum verhindert würde, nach England zu fahren, Deutschland England zwingen kann, den Friedensschluß als wirtschaftsweit in Erwägung zu ziehen. Dieses Ergebnis soll durch zwei Drittel der verfügbaren Unterseeboote erreicht werden, da ein Drittel Reis auf der Ausfahrt oder Heimfahrt oder in Reparatur ist. (Frankfurter Zeitung.)

England beschlagnahmt schwedische Schiffsladungen.

Stockholm, 15. Februar. Svenska Dagbladet meldet, daß drei schwedische Dampfer in England von den englischen Behörden gezwungen wurden, ihre Ladung zu löschen. Diese bestehen insgesamt aus 14 500 Tonnen Chilesalpeter. Der englische Eingriff bedeutet nach einer Erklärung des Landwirtschaftsministeriums eine schwere Schädigung für die schwedische Landwirtschaft. (Frankf. Bl.)

Die Geldsendungen für die Gefangenen in Frankreich.

Berlin, 14. Februar. (Kampff.) Von den Geldsendungen an Kriegsgefangene und zwilinternierte Deutsche in Frankreich wurden bis zum 1. Dezember 1916 von der französischen Regierung 20 Prozent einbehalten. Von diesem Tage an werden die Geldsendungen überall wieder zum vollen Betrag ausbezahlt. Die einbehaltenen Beträge werden den Empfängern, wie die französische Regierung amtlich mitgeteilt hat, nachträglich vergütet.

Der deutsche und der österreichische Tagesbericht vom 14. Februar befinden sich auf der 3. Seite.

Der heutige deutsche Tagesbericht liegt bei Abschluß der Nummer noch nicht vor.

Neue Steuern.

In einer Woche soll der Haushaltsausschuß des Reichstags zusammentreten, um vertrauliche Mitteilungen des Reichsschatzsekretärs entgegenzunehmen. Was der Regierungsvorleiter den Abgeordneten vortragen wird, weiß man nicht, aber man kann es voraussagen, auch wenn man nicht zu den Wissenden gehört. Seit einigen Tagen gehen Notizen durch die bürgerliche Presse, die die Einbringung neuer Steuervorlagen ankündigen. Die Tägliche Rundschau behauptet, daß eine Kohlenabgabe zu erwarten sei, die in Form einer Förderabgabe erhoben werden soll. Daß eine Besteuerung des Eisenbahnverkehrs kommen soll, ist schon in der Budgetkommission des Preussischen Abgeordnetenhauses angekündigt worden. Dazu wird noch eine wesentliche Erhöhung der Warenumsatzsteuer erwartet. Die Tägliche Rundschau deutet auch an, daß dem Reichsschatzamt noch ein ganzes Bündel anderer Steuervorlagen vorgelegen hätten, über die diese Behörde noch beraten werde.

Es handelt sich bei diesen Steuern nicht um den Beginn eines großen Reformwerks mit dem Ziel, für die Deckung der Kriegskosten Sorge zu tragen, sondern lediglich um die Aufbringung der laufenden Ausgaben. Nach der Behauptung des Freiherrn v. Zedlitz in der Montagabendausgabe der Post hätten sich der Reichstag und die Reichsregierung bei den Steuerbewilligungen im vorigen Jahre dahin geeinigt: Verringerung der Kosten des Krieges durch Anleihe, aber Deckung ihrer Verzinsung durch laufenden Einnahmen. Der Reichsschuldendienst werde im nächsten Jahre mit einer beträchtlich höheren Belastung zu rechnen haben, als im laufenden Jahre durch den Ertrag der neuen Steuern mit 700 Millionen Mark gedeckt werde. Sie werde sicher nicht unter einer Milliarde bleiben, voraussichtlich vielmehr diesen Betrag noch übersteigen. Der Freiherr rechnet mit der Erzielung neuer Einnahmequellen für das Reich in Höhe von 1 bis 1,2 Milliarden. Finanzpläne, zu deren Durchführung es, wie a. V. für Monopole, umfassenderer Organisationen bedürfte, seien jetzt gänzlich ausgeschlossen, es werde sich wohl nur um Steuern handeln können, deren Veranlagung und Erhebung möglichst einfach sei. Es werde bestimmt darauf zu rechnen sein, daß sich unter den Vorlagen eine solche nicht finden werde, die auf eine dauernde Belastung des Vermögens oder Einkommens abzielt.

Wir werden also wieder neue indirekte Steuern bekommen, und wenn sie auch nicht durch förmliche Zuschläge auf die Warenpreise, sondern durch Abgaben bei der Produktion oder im Verkehr erhoben werden sollten, die Wirkung wird immer die alte bleiben, die Hauptlast wird die konsumierende Bevölkerung tragen müssen und damit werden die breiten, die minderbemittelten Massen aufs neue in ganz unverhältnismäßiger Weise zu den Leistungen für den Staat herangezogen. Vielleicht, daß man dem Steuerhaushalt auch ein Feigenblatt in Gestalt einer Erhöhung der Kriegsgewinnsteuer zufügt; an dem Wesen der neuen Pläne wird das nichts ändern, Herr v. Zedlitz wird schon mit seiner Meinung recht behalten, daß sich keine Vorlage darunter befinden wird, die auf eine dauernde Belastung des Vermögens oder Einkommens abzielt.

Ueber die einzelnen Steuervorlagen wird zu reden sein, wenn sie der Öffentlichkeit vorliegen. Oder vielmehr, man wird auch dann nicht viel darüber reden können, wenn der Reichshaushaltsausschuß wiederum die verfassungswidrige Methode befolgt, die Vorlagen im vertrauten Kreise fertigzustellen, um es dem Plenum des Reichstags überläßt, hinterher einige wirkungslose Bemerkungen zu machen. In den Blättern der sozialdemokratischen Mehrheitsfraktion kann man jetzt schon einige sehr schöne Artikel darüber lesen, wie die neuen Steuern beschaffen sein müßten, wenn die Lasten nach einem gerechten Maßstab verteilt werden sollen. Vermutlich werden wir auch im Reichstag von den Leuten dieser Richtung manche sehr schöne und sehr radikale Rede zu hören bekommen. Das kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die jetzige Steuerpolitik der Regierung ein Teil der gesamten Kriegspolitik ist und daß, wer diese unterstützt, auch für jene mitverantwortlich zu machen ist. Der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft allein wird im Reichstag die Aufgabe zufallen, die sozialdemokratischen Grundzüge bei der Beratung der

Steuervorlagen zur Geltung zu bringen, und sie wird das Ohr des Volkes mehr denn je haben.

Vielleicht fragt mancher: ob es denn nicht verkorene Zeit sei, jetzt allzu eifrig über die neuen Steuern zu diskutieren, da es sich doch nur um Kriegsmassnahmen handelt und bei der Wiederherstellung des Friedens doch eine große Steuerreform kommen müsse, um die Finanzen des Reichs auf eine neue Grundlage zu stellen? Anscheinend von diesem Gedanken ausgehend, hat das Hamburger Echo in der vorigen Woche einen längeren Artikel veröffentlicht, der sich mit dem Steuerproblem der Zukunft befaßt und eine Reihe von Vorschlägen für die Deckung der Ausgaben des Reichs macht. Diese Frage und diese Vorschläge hat Freiherr von Zedlitz am Schluß seiner von uns erwähnten Ausführungen schon mit folgendem Satz beantwortet:

Schließlich mag darauf hingewiesen werden, daß das, was jetzt an dauernden Deckungsmitteln für die Verzinsung der Kriegsschuld bewilligt wird, den Bedarf an neuen Einnahmen zur Sicherung des Gleichgewichts im Reichshaushalt nach Friedensschluß entsprechend herabmindert.

Herr v. Zedlitz ist nicht der oder jener, sondern er zählt zu den Politikern, die wohl gelegentlich mit ihren allzu reaktionären Auffassungen nicht durchdringen, die aber trotzdem den größten Einfluß besitzen und gewöhnlich sehr gut über die Absichten der Regierung unterrichtet sind. Nach seiner Meinung werden die während des Krieges geschaffenen Steuern auch nach Friedensschluß nicht verjähren; wir sollen uns in aller Zukunft der Umsatzsteuer, der Abgaben auf den Postverkehr — was jetzt noch die Bertenerung des Eisenbahnverkehrs tritt —, all der andern indirekten Steuern und Abgaben zu erfreuen haben, die während des Krieges geschaffen worden sind und noch geschaffen werden.

Als Herr Dr. Helfferich in das Reichsschatzamt berufen wurde, haben manche Leute eine Neuorientierung in der Steuerpolitik des Reichs erwartet. Herr Dr. Helfferich hat diese Erwartungen nicht erfüllt, es ist alles beim alten geblieben; und auch seine Nachfolger werden die Neuorientierung nicht bringen. Nur von unten auf kann sie kommen; nur wenn der Willensdruck der Massen stark genug ist, kann er eine grundsätzliche Änderung wie der Politik im allgemeinen, so der Steuerpolitik im besonderen herbeiführen. Das ist eben der große Irrtum in der Tätigkeit der sozialdemokratischen Mehrheitsfraktion, daß sie nicht erkennen will, wie ihre Parole: „Nur nicht ausschalten lassen!“ zur Kräftigung des nach kapitalistischen Grundzügen orientierten Staatsbetriebes führen muß. Eine selbständige sozialistische Politik tut uns jetzt so bitter not, wie nur je. Wer auch in der Steuerfrage die Anlehnung an die bürgerlichen Parteien beifürwortet, der verjährt sich aufs schwerste an den Interessen der Arbeiterklasse.

Vom Tage.

Der Reichskanzler hat an die Bundesregierungen ein Schreiben gerichtet, in dem auf die große Bedeutung der am 15. Februar stattfindenden Erhebung der Bestände an gedroschenem und ungedroschenem Getreide und der für den 1. März angeordneten Aufnahme der Viehbestände und Kartoffelvorräte hingewiesen wird. Es heißt darin:

Kenntnis der Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit aller Beteiligten ist bei ihrer Durchführung aber vaterländische Pflicht. Es gilt dadurch die Versorgung unsres Heeres und der zum großen Teil mit Arbeiten für die Nahrung des Heeres beschäftigten städtischen Bevölkerung zu sichern. Ihre Arbeitskraft muß durch richtige Einteilung und geregelte Zuführung der notwendigen Lebensmittel weiter erhalten werden, damit unsre tapferen Truppen mit allem versehen werden, was zum Siege nötig ist. Vorbedingung für das Gelingen des Werkes der Sicherung unsrer Volksernährung ist eine möglichst genaue und zutreffende Uebersicht über alle jetzt vorhandenen Vorräte. Millionen von landwirtschaftlichen Betrieben müssen an der Ablieferung des Notwendigen mitwirken. Auf jeden einzelnen Betrieb, mag er noch so klein sein, kommt es an.

Der Reichskanzler würdigt in seinem Schreiben die Anforderungen, die durch die Aufnahme an die Zeit und Arbeitskraft der Landwirte und Ortsbehörden gestellt wird, aber er erwartet, daß die deutschen Landwirte ihre Pflicht tun werden. Die Ablieferungen müssen voll und rechtzeitig geschehen und auch die Bestellung zur neuen Ernte müsse trotz aller Schwierigkeiten so gut und sorgsam wie irgend möglich erfolgen. Kein Soldat, kein Nahrungsmittelarbeiter,

Seine Arzlegersfamilie dürfte Mangel leiden durch eine Verjüngung des Pöbmannes.

In Ermahnungen fehlt also nicht. Neben ihren Wert denken wir nach den bisherigen Erfahrungen sehr skeptisch. Die Tatsachen dürften uns auch diesmal nicht unrecht geben.

Bei der Beratung des Ministeriums des Innern im preussischen Abgeordnetenhaus gab es am Mittwoch wieder einmal eine Aussprache über die Neuorientierung. Die Redner der Parteien sprachen der Reihe nach über Verwaltungs- und Wahlrechtsreform, und auch der Minister des Innern, Herr v. Coebell, ließ es nicht an allerhand Versicherungen fehlen, wenn sie auch leider so dunkel und vieldeutig waren, daß sie noch weniger zu irgend etwas verpflichteten, als ohnehin dergleichen Versicherungen zu verpflichten pflegen. In der letzten Zeit sind wieder zahlreiche bürgerliche Stimmen laut geworden, die allerhand Reformen empfahlen und in lockende Aussicht stellten. Die Geschichte liefert allerdings mehr als ein Beispiel, daß man in schwerer Zeit den Wahlen allerhand politische und soziale Fortschritte verspricht. Wenn die sozialdemokratische „Reinheit“ dem Vorkriegsstand auch durch ihre Darmlosigkeit und Anspruchlosigkeit die angesehene Hochachtung bereitet hat, so muß man dennoch gelegentlich etwas tun, um sie „bei der Stange zu halten“, wie das neulich mit einem so hübschen, bezeichnenden Worte der Abgeordnete Pachtke ausdrückte.

So verstand man sich denn dazu, ein lauges und breites von der Neuorientierung zu reden, die — selbstverständlich! — nach dem Kriege kommen soll. Preußen soll dann eine Verwaltungsreform erhalten, durch die, wiederum nach einem bekannten schönen Worte, „allen Tüchtigen freie Bahn“ gebrochen werden soll. Der Grundsatz der konfessionellen und politischen Parität soll dann, wie der Minister des Innern versicherte, Wahrheit werden. Und ein neues, sorgsam den Zeitumständen und den Staatserfordernissen angepasstes Wahlrecht soll abgemacht werden. Freilich wird das alles keine „Belohnung“ sein, wie Herr v. Coebell betonte, denn es war ja des Volkes patriotische Pflicht, Gut und Mut für das Vaterland dahinzugeben. Es soll nur die organische Fortentwicklung jener preussischen Reformarbeit sein, die, wie Herr v. Coebell ausdrücklich erwähnte, mit der Wahlreform von 1908 begann! Und wenn schon der Minister des Innern durch die Erinnerung an diese Wahlrechtsvorlage dazu beitrug, daß die Hoffnungen auf die geplante Wahlreform nicht allzu hoch gespannt werden dürfen, so sorgen vollends die Redner der Rechten dafür, keinerlei übertriebene Erwartungen aufkommen zu lassen.

Herr v. d. Osten und der Freiherr v. Zedlitz stellten sich nämlich als die Schutzhelmen der künftigen Wahlreform vor. Daß die beiden konservativen Fraktionen zusammen das Schicksal der Wahlreform unter normalen Umständen in der Hand haben, hat die Erfahrung sattem gelehrt. Wie aber eine unter der Regie Ottavios v. Zedlitz stehende Wahlreform aussehen würde, ist von vornherein klar, und es bedurfte gar nicht erst der ausdrücklichen Versicherung des freikonservativen Redners, daß an die Einschränkung des gleichen Wahlrechts selbstverständlich nicht zu denken sei. Immerhin waren diese Bekenntnisse gleich denen des Herrn v. d. Osten eine dankenswerte Offenheit, da man nun weiß, welcher Art die Neuorientierung in Preußen sein soll.

Die Debatte wird am Dienstag fortgesetzt.

Die drei skandinavischen Regierungen haben nach einer Meldung der Wollischen Zeitung am Dienstag dem deutschen Botschafter in Christiania eine gleichlautende Antwort auf die deutsche Blockadenote überreicht. Ihre Inhalt ist in Deutschland noch nicht bekannt geworden, ein Kopenhagener Blatt, *Verdenske Tidende*, sagt darüber:

Es wäre weder notwendig noch berechtigt, in diesen Schritt mehr oder etwas anderes hineinzufragen, als er nach der offiziellen Darlegung der Note enthalte. Die Argumentationen der Note auf Grund allgemein anerkannter völkerrechtlicher Grundsätze erscheinen unanfechtbar und ihr Ton wahrhaftig und von unverkennbarer Bestimmtheit.

Auch die griechische Regierung hat nach einer Meldung der Agence Havas der deutschen Regierung eine Note überreichen lassen, die auf die deutsche Erklärung über den Tauchbootkrieg und dessen Folgen für die griechische Marine Nachsicht vorbehalt macht.

Die chinesische Gesandtschaft in Paris erklärt, daß die Nachricht vom Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen China und Deutschland offiziell nicht bekannt sei. China habe nur mit den übrigen neutralen Staaten gegen den Tauchbootkrieg protestiert und allerdings erklärt, wenn der Protest erfolglos bleibe, es sich genötigt sehe, die Beziehungen abzubrechen.

Ueber die finanziellen Beziehungen der Türkei zu den Mächten teilt uns der türkische Senat der Finanzminister einige Einzelheiten mit. Die seit Beginn des Krieges in Deutschland und Oesterreich-Ungarn ausgenommenen Vorkäufe belaufen sich im ganzen auf 70 Millionen türkische Pfund (das türkische Pfund hatte im Frieden einen Wert von etwa 18 1/2 Mk.), alljährlich spätestens elf Jahre nach dem Kriege. Der Minister meinte, damit das von der deutschen Regierung im Laufe des Krieges mit der Türkei abgeschlossene Bündnis auch nachher fort-dauern könne, sei zweifellos nötig, daß Deutschland der Türkei die Mittel liefere, um im Lande Verbesserungen durchzuführen, und daß es der Türkei Zeit lasse, die Summen zu bezahlen, die sie schulde. Er habe auch auf seinen Reisen nach Berlin bei fast allen deutschen Staatsmännern Entgegenkommen gefunden. Wenn es der Türkei gelinge, während der Jahre, die dem Kriege folgen, Kapitalien in Höhe von 100 oder 150 Millionen Pfund ins Land zu bringen, dann sei unter der Bedingung, daß dieses Geld für Ackerbau, Eisenbahnen, Straßenbauten, Fabriken usw. gute Verwendung findet, die Türkei zehn Jahre später imstande, ihre ordentlichen Ausgaben sowie die Zinsen und Amortisierung der Staatsschuld, die vor dem Kriege bestand, als auch derjenigen Staatsschulden, die im Laufe des Krieges hinzukamen, zu decken. Der Minister sprach schließlich seine Bewunderung darüber aus, daß der Wert der von der Regierung ausgegebenen Noten sinke und die Bewältigung drei Papierpfunde für ein Goldpfund herbeiführe. Die Geldnoten seien kein Papiergeld, sondern Noten, die von Deutschland, das seine Verpflichtungen erfüllen werde, in Gold eingelöst würden.

Der Konflikt mit Amerika.

Friedenskundgebungen in Newyork.

Bern, 14. Februar. (W. Z. B.) Rath meldet aus Newyork, dort hätten Friedenskundgebungen stattgefunden, wobei deutsche Lieber gelungen worden seien. Am 12. Februar seien in Washington verschiedene Friedenskundgebungen abgehalten worden. Der sozialdemokratische Bürgermeister von Newyork habe Wilson wegen des Abbruchs der Beziehungen getadelt und die Arbeiter aufgefordert, sich im Kriegsfall zu weigern, die Waffen zu ergreifen.

Zum Schutze der Kriegsschiffe.

Washington, 13. Februar. (Reuter.) Der amtierende Präsident des Senats Salisbury hat eine Vorlage eingebracht, auf Grund welcher, falls sie in Kraft treten würde, die Häfen der Vereinigten Staaten denjenigen Kriegsschiffen der Alliierten geöffnet werden würden, die auf dem Meere zum Schutze gegen die Angriffe deutscher U-Boote begleiten, und solche Kriegsschiffe die Möglichkeit erhalten würden, die Gewässer der Vereinigten Staaten nach deutschen Streifschiffen zu durchsuchen. Man glaubt, daß die Vorlage der Regierung annehmbar erscheinen mag, als eine Maßnahme, die die deutsche U-Boot-Kriegsführung einschränken könnte. Salisbury erklärte, diese Maßnahme könne sich auch in der jetzigen Krise wirksam zeigen, ohne daß die Vereinigten Staaten gegenwärtig den Krieg zu erklären brauchen.

Eine Marinevorlage.

Washington, 13. Februar. (Reuter.) Das Repräsentantenhaus hat eine Marinevorlage angenommen, in der Kredite im Gesamtbetrag von 300 Millionen Dollar gefordert werden. Die Vorlage enthält Notamendements für die Requirierung von Werften und Munitionsfabriken und für die Erwerbung von Patenten für Luftfahrzeuge. — Im Augenblick sind in den Vereinigten Staaten 882 Schiffe im Bau mit einem Gesamtwert von 2 008 761 Tonnem.

Eine Note von Carranza.

London, 13. Februar. (W. Z. B.) Dem Daily Telegraph wird aus Newyork gemeldet, daß Lansing eine Note von Carranza erhielt, worin dieser die Vereinigten Staaten und die anderen Neutralen auffordert, dem europäischen Kriege dadurch ein Ende zu machen, daß sie jeden Handel mit den Kriegführenden einstellen.

Der verschärfte U-Boot-Krieg.

Keine Einschränkung der Seesperre.

Berlin, 14. Februar. Wolffs Bureau teilt mit: Aus dem Ausland kommen neuerdings Nachrichten, denen zufolge man dort glaubt, die Seesperre gegen England mit U-Booten und Minen wäre mit Rücksicht auf Amerika oder aus irgendwelchen andern Gründen abgeschwächt worden oder sollte abgeschwächt werden. Die Rücksicht auf die Neutralen gibt daher Veranlassung, nochmals mit aller Deutlichkeit zu erklären, daß der uneingeschränkte Krieg gegen den gesamten Seeverkehr in den erklärten Sperrgebieten jetzt in vollem Gange ist und unter keinen Umständen eingeschränkt werden wird.

Eine U-Boot-Debatte im britischen Oberhaus.

London, 13. Februar. (Reuter.) Im Oberhaus sprach Admiral Lord Berosford über die Bedrohung durch den U-Boot-Krieg. Er fragte die Regierung, ob sie neue Pläne für den einseitigen Bau von Handelsschiffen aufstellt, ob sie den Stapellauf und die Fertigstellung von Handelsschiffen, die die entstandenen Verluste ersetzen würden, vorgehen und ob sie neue Vorkehrungen getroffen habe, durch die die Verzögerung bei der Beschaffung von Schiffslasungen verhindert werden könnte, ob der Vorrat an Minen vermehrt und ob Schritte getan worden seien, die Zahl der kleinen Schiffe und der U-Boote zu vermindern, und ob die Bewaffnung der Handelsschiffe schnell fortschreite. Lord Berosford sagte: Seit Beginn des Krieges haben wir über 4 Millionen Tonnem an Schiffen verloren. Dies ist nicht annähernd so ernst als es scheint. Wir haben den Verlust zum großen Teil ausgeglichen. Drei Millionen Tonnem, die verloren gingen, sind in Betracht der Umstände, in denen wir uns befinden, mehr oder weniger ausreichend ersetzt worden. Es besteht nicht der geringste Grund für eine Panik. Wir haben uns gut gehalten und werden in Zukunft noch weit besser dastehen. Anfang August 1915 wurde der Öffentlichkeit mitgeteilt, daß wir Herr über die U-Boot-Gefahr würden. Soweit ich wissen kann, sind wir heute diesem Zustand näher als je zuvor. Dies ist auf die neuen Ideen zurückzuführen, die die Admiralität von den Seeleuten erhalten hat, die jetzt an Land zurückgekehrt sind und Erfahrungen in dieser Art von Kriegsführung besitzen. Die Seesperre erschrickt mich nicht; denn sie ist ein Versuch, die Blockade damit zu führen, daß man Schrecken einflößt und die Neutralen überredet, in ihren Häfen zu bleiben. Die Neutralen mögen dies tun oder nicht. Wenn die Deutschen glauben, daß englische Seeleute im Hafen bleiben, so irren sie sich sehr. Lord Berosford sollte dann der britischen Handelsmarine seine Anerkennung spenden. Er erwähnte, es seien Fälle vorhanden, in denen englische Seeleute, denen ihre Schiffe bereits ein- oder zweimal versenkt worden seien, sobald sie in die Häfen zurückkehrten, zum drittenmal anmusterter. Er habe volles Vertrauen, daß die Admiralität den Kampf gegen die U-Boote erfolgreich führen und diese wilden Barbaren zur See vernichten werde. Es sei in Wirklichkeit Wildheit und Verwilderung. Er sei überzeugt, daß man in ungefähr sechs Wochen die U-Boote gemastert habe. — Lord Lytton erwiderte für die Admiralität. Er sagte, alle von Lord Berosford angelegten Mittel würden mit größter Energie zur Anwendung gebracht, was er nicht nur von diesen, sondern auch von einer großen Zahl anderer Mittel sagen könne. Jedes Mittel, welche der menschliche Geist erfinden könne, werde gegenwärtig angewendet, um die Meere als sichere Straße für den Handelsverkehr der Welt zu erhalten. England sei die Seemacht für die ganze Welt, und Deutschland spiele die Rolle eines Räubers. Man sei überzeugt, daß man auch in Zukunft ebenso wie in der Vergangenheit nicht nur die englischen Kräfte an der Front mit Munition und Vorräten versehen und die Verpflichtungen gegenüber den Alliierten erfüllen könne, sondern auch einen bestimmten Weg für den neutralen Handel freihalten und die notwendigen Vorräte für das eigene Volk erlangen könne. Obwohl der U-Bootkrieg noch keine vierzehn Tage im Gange sei, hätten die vorgeschlagenen Maßnahmen bereits sehr erhebliche Erfolge gezeigt. — Lord Curzon sagte, die Lage sei nicht so schlimm, als man vielleicht annehme. Im Juli 1914 bestand die britische Handelsmarine aus 8800 Schiffen von über 16 850 000 Tonnem Gesamtwert, am 31. Januar war die Brutto-Tonnemzahl 5 oder 6 Prozent (hier ist bei der Hebermittlung von London anscheinend ein Wort ausgefallen; wahrscheinlich soll das Wort „geringer“ heißen). Admiral Jellicoe sei zufrieden mit der Zahl der U-Boote, die niemals wieder zurückkehren.

Amsterdam, 14. Februar. Allgemeines Handelsblatt meldet aus London: In der jetzigen U-Boot-Debatte im Oberhaus sagte Lord Lytton noch, mit Rücksicht auf die Tatsache, daß die neutrale Schifffahrt erster betroffen werde als die englische, werde die britische Regierung dafür höhere Prämien bezahlen und die Versicherungsgesellschaften auf sich nehmen, sowie Prämien für die Befragungen der neutralen Schiffe ausgeben. Soweit als möglich werde sie auch neutrale Schiffe ankaufen.

London, 14. Februar. (Reuter.) In der jetzigen U-Boot-Debatte im Oberhaus sagte Lord Curzon u. a., im Juli 1914 sei

die Zahl der britischen Handelschiffe über 1600 Tonnem 2500 mit einem Gesamtwert von 16 850 000 Pfd.-Sterl., am 31. Januar 1917 2540 mit einem Gesamtwert von 16 Millionen Pfd.-Sterl. gewesen. Die ganze Energie der Admiralität sei darauf gerichtet, U-Boote zu zerstören. England lasse in Amerika und Japan neue Schiffe bauen, ändere die Passagierdampfer in Frachtdampfer um und habe durch die Erlaubnis zur Deckung der Tragfähigkeit der Handelsflotte um eine halbe Million Tonnem erhöht.

Carlson über den U-Boot-Krieg.

Bern, 14. Februar. (W. Z. B.) In einer Unterredung, die der Vertreter des Petit Parisien mit dem Ersten Lord der Admiralität Sir Edward Carson hatte, sagte Carlson über den U-Boot-Krieg, er könne die große Gefahr des U-Boot-Krieges nicht verstehen. Diese barbarischen Angriffe schafften das Schwerkste, ernsteste Problem an dessen Lösung jeder einzelne im Admiralsstab und auf hoher See Tag und Nacht arbeite.

Belohnungen für die Vernichtung von U-Booten.

Paris, 13. Februar. (Havas-Meldung.) André Lefevre brachte in der Kammer einen Gesetzentwurf ein, in dem er die Regierung auffordert, die notwendigen Maßnahmen zu treffen, um der Befreiung eines jeden französischen, alliierten oder neutralen Schiffes, das ein U-Boot, von dem es angegriffen wird, vernichtet, eine Prämie von 500 000 Frank zu bewilligen.

U-Boot-Angriff auf die französische Küste.

Paris, 13. Februar. (W. Z. B.) Das Marineministerium gibt bekannt: Gestern, am 12. Februar, um 5 Uhr nachmittags, tauchte nahe der Abourmündung ein feindliches U-Boot auf und gab sechs Kanonenschüsse auf die Küste ab. Die Küstengeschütze eröffnete sofort das Feuer auf das feindliche Fahrzeug, das von unserer Artillerie mit dem ersten Schuß getroffen, schnell tauchte. Fünf Personen sind verwundet, eine davon schwer. Die Zerschäden sind unbedeutend.

Verseht.

Rotterdam, 14. Februar. (W. Z. B.) Der italienische Dampfer *Fridania* (171 Br.-Reg.-T.) sowie die englischen Dampfer *Chalcepsare* und *Ireland* wurden versenkt.

Rugano, 14. Februar. (W. Z. B.) Im vorigen Monat wurden die italienischen Dampfer *Quanti* (172 Br.-Reg.-T.) und *Luigi Chiampa* (1088 Br.-Reg.-T.) versenkt, außerdem der italienische Segler *Doride* (1250 Br.-Reg.-T.).

Kopenhagen, 14. Februar. (Havas-Meldung.) Der norwegische Dampfer *Bella*, von Frederikstad nach Frankreich mit Bauholz unterwegs, ist am 9. Februar in der Nordsee von einem U-Boot versenkt worden. Ein Boot mit acht Mann landete gestern in Agger an der Westküste Jütlands. Ein zweites Boot mit dem Kapitän und sieben Mann wird vermisst.

London, 13. Februar. (Reuter.) Der englische Dampfer *Foreland* und der Fischdampfer *Triffons* sind versenkt worden.

London, 14. Februar. Reuter meldet, daß der britische Dampfer *H. D. Lambert* und die britischen Fischdampfer *Barnsley* (144 Br.-Reg.-T.) und *Dale* (188 Br.-Reg.-T.) versenkt wurden. *Caiglar*, 14. Februar. Nach einer Reuter-Meldung ist das amerikanische Segelschiff *Symon M. Law* (1300 Br.-Reg.-T.) versenkt worden. Die Besatzung wurde in Cagliari gelandet.

Die Versenkungen am 12. Februar.

Berlin, 14. Februar. (W. Z. B.) Von dem am 12. Februar als versenkt gemeldeten 7 Dampfern und 3 Segelschiffen mit einem Gesamtwert von 22 000 Brutto-Registertonnen hatten 5 Schiffe von 1300 Tonnem Wert; 2 von 1700 Tonnem Pyrit, 1 von 1700 Tonnem Granit und 2 von 5500 Tonnem Kohlen geladen. Außerdem wurde auf derselben Unternehmung noch ein Dampfer von 3000 Tonnem mit 4000 Tonnem Kohlen für Italien versenkt.

Die neuen Kontrollmaßnahmen Englands.

London, 14. Februar. Die Times melden, daß heute die neuen Kontrollmaßnahmen über die Verproviantierung neutraler Schiffe in britischen Häfen in Kraft getreten seien. Die Kapitäne der neutralen Schiffe müßten in Zukunft den Kontrollleuten des Handelsamtes Listen der benötigten Vorräte vorlegen.

Die englischen Zeitungen bleiben aus.

Stockholm, 14. Februar. (W. Z. B.) Infolge des ungehemmten U-Boot-Krieges sind seit dem 2. Februar hier keine englischen Zeitungen eingetroffen.

Der Balkankrieg.

Der bulgarische Tagesbericht.

Sofia, 13. Febr. Generalstabsbericht. Mazedonische Front: Im Ezerbagen griffen deutsche Abteilungen mit großem Mut an und erlitten italienische Gräben südlich der Höhe 1050, wobei sie fünf Maschinengewehre erbeuteten und einen Hauptmann und 90 Mann vom italienischen Infanterie-Regiment 102 gefangen nahmen. Auf dem übrigen Teil dieser Front spärliches Artilleriefeuer am Fuße der *Belasica Planina* und in der Sperrebene, sowie Patrouillengefächte in der Gegend von *Bitolla*, im *Wardatal* und an der unteren *Brama*. Die Artillerietätigkeit war auf beiden Seiten ziemlich lebhaft. Ein feindliches Flugzeug fiel in der Nähe von *Demir Bazar* nieder. Flugzeug und Piloter sind unversehrt. An der Küste des *Agajischen Meeres* beschossen feindliche Kriegsschiffe aus dem Hafen von *Orfano* die Drifftschiffe *Stabulevo* und *Rupelovo*. Drei Männer, sieben Frauen und sechs Kinder der dortigen Bevölkerung wurden getötet, elf Häuser zerstört. Ein feindliches Schlachtschiff beschoss ergebnislos *Karaburnu* im Westen von *Porto Sagos*. Feindliche Piloter warfen ohne Erfolg auf den Bahnhof von *Dikshylar* und auf die Eisenbahnbrücke bei *Buz Bomben*.

Rumänische Front: In der Umgebung von *Mahanubia* Feuerwechsel zwischen den Posten auf beiden Seiten des *St. Georgsbach*.

Vom türkischen Krieg.

Die türkischen Tagesberichte.

Konstantinopel, 13. Februar. Generalstabsbericht. *Tigrisfront*: In der Gegend von *Reshahie* Artilleriekampf und gegenseitiges Infanteriefeuer. Südlich des *Tigris* rückte der Feind am 12. gegen unsere Flügel vor, aber seine beiden Angriffe wurden mit Verlusten für ihn zurückgeschlagen. Am Nachmittag desselben Tages griffen zwei feindliche Bataillone nach beistufiger Artillerievorbereitung unsern linken Flügel an. Dieser Angriff scheiterte gleichfalls in unserm Feuer.

Dardanellenfront: Offizierspiloter *Meinke* griff drei feindliche Piloter an und brachte einen durch sein Feuer zum Absturz. Die Insassen des Flugzeugs, zwei englische Offiziere, wurden gefangen genommen. Das Maschinengewehr des zerstörten Flugzeugs sowie drei Bomben wurden erbeutet.

Auf den andern Fronten kein wichtiges Ereignis.

Der stellvertretende Oberbefehlshaber.

Konstantinopel, 13. Februar. Amtlicher Bericht aus *Mesopotamien*: Am 10. Februar wurde eine feindliche Brigade bei *Shumram* beschossen. Durch einen Volltreffer wurden einige feindliche Boote versenkt. Am 11. Februar nahmen wir unser Vorrücken auf dem rechten Ufer des *Tigris* wieder auf. Der Feind wurde auf die letzten Ufer seiner Gräben in *Thara* bei *Helij* von *Kut*

Amara zurückgelassen. Am Abend orientierte sich unsere Front quer über das Ais von Uter zu Uter über eine Entfernung von 3500 Yards, und der Feind war vollständig eingeschlossen. Die Entfernung, die wir bei unserem Vorgehen durchmachten, betrug nur 500 Yards auf unserm rechten Flügel bis zu 2000 Yards auf dem linken Flügel.

Bermischte Kriegsnachrichten.

Fliegerangriff auf Pola.

Wien, 14. Februar. (W. Z. B.) Gegenüber der Meldung der Agenzia Stefani von einem Fliegerangriff auf Pola wird zu häufigerlei bemerkt, daß tatsächlich am 11. Februar 3 feindliche Flugzeuge Pola angegriffen haben. Die in die See und an der Küste abgeworfenen Bomben haben jedoch weder irgendwelchen Schaden noch Verluste verursacht.

Die Munitionsherstellung in England. In einer Rede in Bedford sagte Munitionminister Addison, wenn man die durchschnittliche wöchentliche Herstellung von letzter Feldmunition vom Juli 1915 bis Juni 1916 mit der letzten Woche im Januar 1917 vergleicht, so verhalten sich die Zahlen wie 6 1/2 : 22. Für die mittelschweren Geschütze sei das Verhältnis wie 7 1/2 : 18, für schwere Geschütze wie 23 : 365.

Deutschland.

Einberufung des Hauptauschusses.

Der Hauptauschuss des Reichstags hatte in seiner letzten Sitzung beschlossen, am Tage vor dem Wiederausammentritt des Reichstags zusammenzutreten. Er ist nunmehr für den 21. Febr., 10 Uhr vormittags, zusammengerufen worden und soll sich bereits mit den neuen Steuerentwürfen beschäftigen.

„Kinder bitten flehentlich“.

Die Deutsche Tageszeitung bringt die Zuschrift eines Herrn von Dergin, worin Propaganda für den Verhaftungsbefehl von Stadtkindern gemacht wird, so wie der Amtsbezirk Stolpenburg Stadtinder aus Duisburg aufgenommen habe. In dieser Zuschrift heißt es nun:

Die Kinder, welche im vergangenen Jahre auf dem Lande Aufnahme fanden — es waren ihrer Tausende —, bitten flehentlich, wiederkommen zu dürfen, um vor Hunger geschützt zu sein.

So steht wörtlich zu lesen in der Deutschen Tageszeitung Nr. 80 vom 13. Februar 1917.

Vom Scheitern bis Glück.

Im Senatorenkonvent des preussischen Abgeordnetenhauses ist am Dienstag die Resolution für sozialdemokratische Redner unter schweizerischer Zustimmung des Abgeordneten Paul Hirsch, der sich auch Sozialdemokrat nennt, angeklagt worden. Genosse Adolf Hoffmann war zu dieser Besprechung geladen worden. Auf seine Anfrage erklärte ihm der Präsident, daß er die Absicht habe, auch die kleinen Gruppen zu Wort kommen zu lassen, wenn natürlich auch nicht im gleichen Maße wie die großen Fraktionen, z. B. wenn zwei Rednerzeiten angelegt werden; aber das Haus hätte jederzeit das Recht, Schlußanträge zu stellen. Herr v. Seydewitz erklärte nunmehr, daß seine Partei gar nicht daran denke, Herrn Hoffmann und seine Freunde zu Worte kommen zu lassen, wenn es „seiner Freunde“ (gemeint waren die Hirsch- und Genossen) nicht passe. Herr Hoffmann und seine Anhänger seien ja aus der Fraktion ausgestiegen und hätten damit die Rechte, die aus der Fraktionszugehörigkeit entspringen, verloren. Genosse Hoffmann stellte darauf unter Anführung der Tatsachen fest, daß er und seine Freunde nicht aus der Fraktion ausgestiegen, sondern durch eine Zufallsmehrheit, die infolge der Erziehung des Viehnachschicht Mandats zustande kam und nach der Erwahlung wieder beiseite gemessen wäre, aus der Fraktion hinausgedrängt worden seien. Herr v. Seydewitz erwiderte, es sei ganz gleichgültig, ob ausgestiegen oder hinausgedrängt.

Gegen diese Anklage, daß die Konservativen die sozialdemokratischen Abgeordneten, die an der grundsätzlichen sozialdemokratischen Politik festhalten, und so machen wollen, hatte der Abgeordnete Paul Hirsch nichts einzuwenden. Er sagte sein Wort dazu. Sein ganzer Anteil an der Debatte beschränkte sich auf die gegen Genossen Hoffmann gerichtete Bemerkung, er wolle nicht die Interna der Fraktion vortragen, man solle aber aus seinem Schweigen nicht schließen, daß er die Hoffmannschen Ausführungen als richtig anerkenne.

Die „Mehheitsfraktion“ wird also die Anhebung der „Minderheitsfraktion“ durch Schlußanträge ruhig hinnehmen. Somit protestieren Sozialdemokraten aus Grundfragen heraus gegen jede derartige Anhebung, selbst wenn sie gegen stärkste politische Gegner gegen bürgerliche Abgeordnete und Gruppen gerichtet waren. Auch in dieser Hinsicht wird umgekehrt! Der Verfall der Grundfrage der „Wehrheit“ läßt sich wahrlich mit Händen greifen!

Die Kommission zur Prüfung von Verträgen über Kriegslieferungen

Am 13. Februar wiederum zu einer Sitzung zusammen. Dem amtlichen Bericht darüber entnehmen wir: Nach Verhandlungen über das weitere geschäftliche Vorgehen gab zunächst ein Vertreter des Kriegsministeriums Antwort auf die im Anschluß an den Vortrag über die Entwicklung und die Grundzüge im Bereiche des Waffen- und Munitionsbeschaffungswesens aus der Kommission gestellten Fragen. Eine längere Erörterung erfolgte über die Heranziehung von Zwischenhändlern und Agenten. Die Frage der Nachprüfung der Verträge ist eine und der wenigen noch bestehenden Monopole einzelner Fabriken wurde erörtert. Ueber die Gewinne, die einzelne Firmen durch Weitergabe der ihnen von der Seeresverwaltung erteilten Aufträge erzielt haben, fand eine längere Aussprache statt. Vertreter des Kriegsministeriums beantworteten die über Materialbeschaffungen für Pionierwesen und auf dem Gebiete des Luftfahrwesens gestellten Anfragen. Dabei wurde mitgeteilt, daß die Seeresverwaltung von Firmen, die nachweisbar übermäßig Gewinne gemacht haben, erhebliche Beiträge, meist im Verhältnißsweg, zurückverlangt habe. — Die Verhandlungen der Kommission werden am 15. Februar fortgesetzt.

Praktische Sozialpolitik.

Ein Gedanke, der früher, in Friedenszeiten, ganzesmal den Gewalt aller Manchesterleute hervortrat, ist jetzt in dem Berliner Vorort Schöneberg von den Oberalen, den ausgeprägtesten Manchestermännern, aufgenommen worden. Die dortige Arbeiterordenversammlung hat einer von freisinniger Seite ausgehenden Antrag angenommen, die Teuerungszulage der städtischen Beamten und Arbeiter nach ihrer Kinderzahl abzulösen. Wer ein Kind hat, soll 50 Mk. bekommen, wer zwei Kinder hat, 60 Mk. und so weiter für jedes folgende Kind 10 Mk. mehr. Desgleichen soll allen Beamten, Lehrern und Arbeitern der Stadt, deren Einkommen nicht mehr als 6400 Mk. beträgt, eine Prämie für die Geburt von Kindern gewährt werden, und zwar ebenfalls abgestuft nach der Zahl der Kinder: ist es das erste Kind, gibt es 50 Mk., für das zweite 60 Mk. usw. Die Befürworter dieser Anträge, so sollte man kaum glauben, daß es der Vorsitzende der liberalen Fraktion war, der sie gab. Er sagte u. a.:

„Für Ausziehen von Kindern erbiten die städtischen Körperkassen eine Leistung für die Allgemeinheit, der völlig entsprechende Gegenleistungen von dieser gegenüberzustellen sind. Wenn ein Arbeiter zehn Stunden im Betriebe gearbeitet hat und außerdem eine Schar von Kindern groß zieht, so ist das eine Gegenleistung. Und darum soll dieser Mann nicht schlechter leben und sich mit einem geringeren Ausmaß an den Freuden des Daseins und an kulturellen Genüssen begnügen müssen, als ein lediger oder kinderloser Arbeitsgenosse. Wenn zwei Kollegen im gleichen Dienstverhältnis die gleiche Summe erhalten, so wird der eine von ihnen, der die so verbreitete Kindererschwerung grundsätzlich und mit Erfolg durchgeführt hat und der nur Frau und ein Kind ernähren muß, in sein Heim wandern, das in einer guten Straße und in einem freundlichen Garten liegt. Er wird in der Lage sein, nicht nur jetzt behaglich zu leben, sondern auch noch für das Alter etwas zurückzulagen. Sein Kollege hat eine Schar wichtiger Kinder großgezogen, die Bürgen für die Zukunft unseres Volkes sind und jetzt vollstetig draußen im Feld stehen. Für ihn heißt es vorlieb nehmen mit einer unzulänglichen Wohnung in einem unangenehmen Mietshause und sich noch der Dede streiden, die aber stets zu kurz ist.“

Da auch der Magistrat sich für die Anträge ausgesprochen hat, dürfte die Sache wohl zur Tat werden. Es ist noch gar nicht allzu lange her — höchstens zehn Jahre —, daß gerade der freisinniger Seite schon der Wunsch, die Kinder armer Eltern in der Schule zu spielen, aufs heftigste bekämpft wurde mit der Behauptung, dadurch würde das Pflichtgefühl der Eltern ihren Kindern gegenüber geschwächt. Als einen ersten, sehr seltenen Krönung des Beschlusses zu dem Grundsatze, daß sich das Einkommen eines Menschen nach seinen Bedürfnissen richten muß, kann man die Schöneberger Beschlüsse begrüßen. Aber etwas komisch klingt es, wenn der liberale Herr Antragsteller die winzige Summe von 10 Mk. pro Kind eine „völlig entsprechende“ Gegenleistung nennt. Tonnach möchte es fast scheinen, als ob die Herren glauben, mit ihren solchen Beschlüssen mindestens auf ein Menschenalter hinaus genug getan zu haben.

Ein Kriegslieferant. Der Kaufmann Hermann Mallig, der große Seereslieferungen hatte, wurde am Dienstag von der dritten Strafkammer des Landgerichts Berlin II wegen Nichtanmeldung von Waren und Warenwaren, insbesondere von Pferdebeden, sowie wegen Kriegswidrigkeit zu 12 000 Mk. Geldstrafe oder für je 15 Mk. zu je einem Tag Gefängnis verurteilt. Der Vorliegende bemerkte in der Urteilsbegründung, die Handlungswelt des Angeklagten, der große, einträgliche Seereslieferant war, ist in der letzten Zeit geradezu schamlos zu nennen. Der Staatsanwalt hatte zwei Monate Gefängnis und 22 000 Mk. Geldstrafe beantragt. Die Verhandlung fand wegen Gefährdung der Staatsicherheit unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt; nur Urteil und Begründung waren öffentlich.

Frankreich.

Die Kohlennot.

Paris, 14. Februar. (W. Z. B.) Ueber die in Paris herrschende Kohlennot schreibt der dortige Korrespondent des Bund unter dem 12. Februar: Die Straßen sind kalt, auch in vielen Wohnungen ist es nicht viel wärmer. Tagelang mühten die Hausfrauen die Kohlenhandlungen umlagern, um für schwarzes Geld einen Saß Brennmaterial zu ergattern, und diese langen Reihen ärmlicher Leute, die jämmerlich froren, waren ein Anblick, der einem ins Herz schneit.

Man richtet schließlich Wartschalle ein und benutzte viele öffentliche Gebäude als Wartschalle, so auch den Korridor der Großen Oper.

Nord-Amerika.

Ein Aufruf auf Kuba.

Newark, 13. Februar. (Neuermeldung.) Das Staatsdepartement in Washington hat mitgeteilt, daß auf Kuba ein Aufruf ausgeht. Heute wurde aus Havana telegraphiert, daß die Rebellen in der Provinz Matanzas von den Regierungstruppen geschlagen wurden. Es verlautet, daß die Rebellen Boaten der kubanischen Regierung 5000 Gewehre mit Munition angeboten haben.

Krieg und Wirtschaftsleben.

Schon wieder!

„Mit Wirkung vom 1. April d. J. an sollen die Preise für Hausbrandkohle (Braunkohle) um 1 Mk. die Tonne heraufgesetzt werden.“ So zu lesen in einer Notiz der bürgerlichen Handelspresse über die Lage des rheinischen Braunkohlenmarktes, worin diese Lage als geradezu glänzend geschildert wird. Infolge des Krieges habe der Bedarf an Braunkohle gewaltig zugenommen, einmal weil die Steinkohle so knapp sei, daß vielfach Braunkohle zum Ersatz gebraucht werde; sodann weil viele Produkte aus ihr gewonnen werden, welche die Kriegswirtschaft braucht, so zum Beispiel Gas, Teer und Mineralöl. Deshalb sind gegenwärtig die Betriebe bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit beschäftigt, und trotz des drückenden Mangels an Arbeitskräften sei es gelungen, durch Überarbeiten, Sonntagsarbeit und vermehrte Anwendung von Maschinen die Produktion auf ihrer alten Höhe zu halten. Nur zwingen im Augenblick die Transportbeschwerden, die Kohlen auf Pagen zu nehmen, bis wieder ein flotter Versand möglich sein wird.

Wenn die Geschäfte der Braunkohlenindustrie so gut gehen, weshalb müssen denn da schon wieder die Preise erhöht werden? — Eben darum. Denn der oberste Grund der Geschäftstätigkeit in der kapitalistischen Wirtschaft heißt: die Konjunktur wahrnehmen.

Der deutsche Tagesbericht.

Große Hauptquartier, 14. Febr. Amtlich. (W. Z. B.)

Westlicher Kriegsjahraplag.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Auf dem Nordufer der Ancre führte der Feind noch sehr heftige Artillerievorbereitung und unter Einfluß starker Infanteriekräfte seine Angriffe fort. Vormittags griff er zweimal südlich von Tere an. Beide Angriffe wurden im Nahkampf abgewiesen, vor der Front sich festsetzende Teile durch Vorstoß mit der blanken Waffe vertreiben.

Erkannte Vereinfachungen weiterer Verstärkungen nördlich und am Nachmittag auch südlich der Ancre wurden von untrer Artillerie unter wirkungsvollem Beschützungsgewehr genommen. Bis zur Sonne war auch in andern Abschnitten und während der Nacht der Feuerkampf heftig.

Seeresgruppe Kronprinz.

Eigene Erkundungsvoröße im Bogen von St. Michel und am Westhang der Bogen waren erfolgreich.

Westlicher Kriegsjahraplag.

Front des Generalfeldmarschalls Prinzen Leopold v. Bayern. Keine besonderen Ereignisse.

Seeresfront des Generaloberst Erzherzog Joseph.

Im Westkanal-Abchnitt errangen unsere Truppen neuen Erfolg. Mehrere Stellungen der Russen wurden gestürzt und gegen heftige Gegenstände gehalten. Die Gefangenenzahl hat sich auf 23 Offiziere und über 1200 Mann, die Beute auf drei Geschütze, 12 Maschinengewehre und sechs Minenwerfer erhöht.

Seeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

Längs Serich und Donau Artillerievorbereitung und Postenschermügel.

Mazedonische Front.

Im Cerna-Bogen blieben Angriffe der Italiener zur Belagerung der Höhe südlich von Paralon trotz lebhafter Feuerwirkung ohne jeden Erfolg.

Der Erste Generalquartiermeister: Lubendorff.

Der österreichische Tagesbericht.

Wien, 14. Februar. Amtlich wird veröffentlicht: Westlicher Kriegsjahraplag.

Seeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

Keine besonderen Ereignisse.

Seeresfront des Generaloberst Erzherzog Joseph.

Erdlich von Belas wiesen wir mehrere russische Voröße zurück. An der Kopevina-Brücke erklimmten unsere Truppen eine russische Stellung, zu deren Wiedergewinnung der Feind nachher vergeblich starke Gegenstände führte. Es wurden 23 Offiziere und 1200 Mann gefangen und 12 Maschinengewehre, 6 Minenwerfer und 3 Geschütze erbeutet.

Front des Generalfeldmarschalls Prinzen Leopold v. Bayern.

Nichts zu melden.

Italienischer und Südöstlicher Kriegsjahraplag.

Unverändert.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs: v. Coeser, Feldmarschalleutnant.

Aus der Partei.

Der Vorwärtsraub vor Gericht.

Am Mittwoch, dem 14. Februar, fand vor der Zivilkammer I des Landgerichts Berlin die Verhandlung der Klage statt, die die hinausgeworfenen Vorwärts-Redakteure gegen den Parteivorstand, die offene Handlungsgesellschaft Vorwärts und ihren Prokuristen Richard Fischer angebracht haben. Die Verhandlung wurde schließlich zwecks Vermeidung eines Beweisbeschlusses auf etwa 4 Wochen vertagt. Wir bringen morgen einen ausführlichen Bericht.

Ein neuer Zeitungsraub.

Der Vorwärtsraub hat ein Gegenstück erhalten. Die Elberfelder Freie Presse ist über Nacht in ein „Mehrheits“-Organ verwandelt, ihr politischer Redakteur Gen. Nieduhr ist drück und ohne Kündigung, unter Verweigerung der Weiterzahlung des Gehalts für die Abkündigungskauf auf die Straße gesetzt worden. Die Ausführungen dieses Gewaltstreiks sind jene Personen, die von den Parteigenossen des Wahlkreises als Vertreter des Parteieigentums bestellt wurden, die Mitglieder der offenen Handlungsgesellschaft Freie Presse, zu dem das Parteivorstandsmittglied Wolfenbühler gehört. Den Vorwand zu dieser Gewalttat boten ihnen Umstände, die genau denen gleichen, die den Boden für den Vorwärtsraub bereit, deren nähere Kennzeichnung indes hier zur Zeit aus zwingenden Gründen umgänglich ist. Als Redakteur des neuen sozialpolitischen Organs ist der Bezirksvertreter des Reichertums, Gabeland, angetreten. Mit 500 gegen 30 Stimmen haben die Elberfelder Genossen bereits am Sonntag gegen den empörenden Gewaltstreik Protest eingelegt. Die Verurteilung des Rechtsbruchs haben indes vorerst die Gewalt und nicht so strupellos aus, taub für die Gebote des Rechts und der Ehre.

Das falsche Echo.

Vom Hamburger Echo, das mehr auf den Ton eines alldeutschen Organs als auf den eines sozialdemokratischen Parteiblattes eingestellt ist, kann man keine objektive Berichterstattung erwarten. Das Blatt, das es fertig brachte, gemahregelte Parteiredakteure als Hohnjäger zu verächtigen, muß die Wahrheit verlassen — oder sich selbst verleugnen. Daß es falsch ist, ist also bei seiner Natur, interessant ist nur, wie es Parteivorstände nach seinem Sinn „verschönert“. In dem Bericht über die Ausführungen des Genossen Grubbe in der Landesdelegiertenversammlung am 11. Februar 1917 unterschlägt es als belanglos das Eingeständnis des Redners, daß des Parteivorstandes Vorgehen zwar dem Parteistatus widerspreche, trotzdem pflichtgemäß gewesen sei, weil die Opposition die Einheit der Partei bedrohe. — Warum man wohl solche Begründung schamhaft verschweigt? Weiter unterschlägt das Echo die Tatsache, daß die Mehrheit einen von der Opposition gestellten Antrag auf namentliche Abstimmung über die Hauswurzelresolution hinlänglich abgelehnt hat. — Dann sagt das Echo, die Resolution sei gegen 50 Stimmen angenommen worden. Der Berichterstatter muß angenommen haben, jeder Abseiner hätte beide Hände hochgehoben und dann hätte er noch schlecht gezählt und weiter verschweigt er, daß nur etwa 350 Delegierte anwesend waren. Mit dieser Gräueltat vermerkt der Bericht jedoch, daß ein Antrag, keinen Antrag der Rednerliste eintreten zu lassen, mit „Heiterkeit“ abgelehnt worden sei. Die Freude der Gewaltpolitiker.

Bewerkschaftsbewegung.

Achtung, Bauarbeiter und Zimmerer!

In dem Neubau Feuerkorn u. Kirken, Gordenbergstraße (zwischen Koch- und Kronprinzstraße), der seiner Vollendung entgegengeht, haben einige Mitglieder keinen Lohn erhalten. Der Bau ist deshalb für organisierte Maurer und Zimmerer gesperrt. Die Sperre bleibt solange bestehen, bis der rückständige Lohn gezahlt ist. Wir bitten die Mitglieder, die Sperre genau zu beachten.

Deutscher Bauarbeiterverband, Zweigverein Leipzig, Zentralverband der Zimmerer, Zasthelle Leipzig.

Von Nah und Fern.

Schweres Grubenunglück.

Chemnitz bei Falkersleben, 13. Februar. (W. Z. B.) Ein schweres Grubenunglück hat sich hier gestern nachmittag auf der Gewerkschaft eingetragenen. In einem Kali-Schacht hatten sich Sprengstoffe entzündet, die ohne Explosion langsam abbrannten. Durch die sich dabei entwickelnden Gaschwaden sind 31 Mann um 3000 Fuß getaucht. Einige weitere Leute waren zunächst befehlungslos, erholten sich aber bald wieder und befinden sich jetzt außer Lebensgefahr. Zur Zeit des Unglücks waren 180 Mann im Schacht. Die Anlagen des Kaliwerks sind sämtlich in Ordnung geblieben, und der Betrieb kann voll aufrechterhalten werden.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Alfred Berre Leipzig.

Verantwortlich für den Anzeigenenteil: Hugo Schumann Leipzig.

Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Diese Nummer umfaßt 10 Seiten.

Konsumverein L.-Plagwitz u. Umgeg.

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.



Konfirmanden-Kleider
schwarz und weiss (Wollstoffe)
18- 20- 24- 28-
30- 33- 34- 38-*K*

Konfirmanden-Anzüge
schwarz, marengo und blau
Form: Ein- und zweireihig
23- 24- 26- 28- 30-
34- 36- 40- 48-*K*

Konfirmanden-Anzüge
farbig gemusterte Stoffe
24- 25- 27- 30- 32-
35- 38- 40- 45-*K*

Einzelne Stoffhosen
gute Stoffarten.

Konfirmanden-Handschuh
grosse Auswahl.

Berufskleidung
noch reiche Auswahl.

Konfirmanden-Hüte
schwarz, weich und steife Form
2.25 2.50 2.75 3.50
4- 5- 5.50*K*

Konfirmanden-Jacken
farbig, gemustert und schwarz
18- 20- 25-
30- 45-*K*

Konfirmanden-Hüte
Loden und Filz, farbig, weich
1.75 2.25 3.75
5- 5.50*K*

Umfliche Bekanntmachung.

In Ergänzung der Ratbekanntmachung, betr. die Regelung des Verkaufs von Briketts und Kohlen für Hausbrandzwecke, vom 18. dieses Monats wird noch folgendes bestimmt:

Soweit der einzelne Haushalt mehr als drei erwachsene Personen umfasst, kann für jede weitere erwachsene Person je ein halber Zentner Briketts oder Kohlen wöchentlich mehr abgegeben werden. Die Zahl der erwachsenen Mitglieder eines Haushaltes ist aus dem Lebensmittelkartenumschlag zu ersehen. Im übrigen gelten die Bestimmungen der eingangs erwähnten Bekanntmachung.

Auf gewerbliche, geschäftliche und industrielle Betriebe, insbesondere auf Gastwirtschaften und Fremdenheimen (Pensionen), findet diese Verordnung keine Anwendung. Diese Verordnung tritt mit ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Leipzig, am 14. Februar 1917.
Der Rat der Stadt Leipzig.

Kleinhandelshöchstpreis für Speisekartoffeln betr.

Vom 10. Februar 1917 an wird der Kleinhandelshöchstpreis für Speisekartoffeln bis auf weiteres auf 6 $\frac{1}{2}$ Pfg. für das Pfd. id festgesetzt.

Die Bestimmungen der Bekanntmachung des Rates über den Verkehr mit Speisekartoffeln im Stadtbezirk Leipzig vom 14. Dezember 1916 finden Anwendung.

Leipzig, den 15. Februar 1917. Kr.-E.-A. IV.
Der Rat der Stadt Leipzig.

städtischen Carolaschule

Beethovenstraße 15
soll ein einmaliger
Kochkurs für Kartoffelstocken- und Kohlribengerichte

abgehalten werden.
Anmeldungen werden in der genannten Schule am Freitag, dem 10. Februar, vormittags 9-12 und nachmittags 3-6 Uhr, entgegengenommen.

Leipzig, den 14. Februar 1917.
Sch. A. V. 279. Der Rat der Stadt Leipzig.

Gemeinde-Sparkasse Liebertwoltwitz.

Unter Verwaltung der Gemeinde.
Einlageguthaben: 18 852 767 Mark 43 Pfg.
Rücklagen: 1 086 000

Tägliche Verzinsung der Einlagen mit 3 $\frac{1}{2}$ Prozent.
Kostenlose Verwahrung und Verwaltung von Wertpapieren.
Geschäftszeit: Montags bis Freitags vormittags von 8-12 $\frac{1}{2}$ und nachmittags von 2 $\frac{1}{2}$ -4 Uhr.
Sonnabends nur vormittags von 8-12 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Geschäftszeit der Zweiggeschäftsstellen:
Dölschau: jeden Tag.
Broßheide (unmittelbar an der Haltestelle der elektrischen Strassenbahn): jeden Tag.
Göhren: jeden Tag.
Zweinaundorf: Montags bis Freitags vormittags von 9-1 und nachmittags von 3-5 Uhr, Sonnabends von vormittags 9 bis nachmittags 3 Uhr.
Giro-Konto bei der Filiale der Sächsischen Bank zu Dresden in Leipzig und bei dem Giroverband Sächsischer Gemeinden. Postchek-Konto Nr. 11480.

Regelung des Koks-Kleinverkaufs aus den städtischen Gaswerken.

In unseren Gaswerken wird bis auf weiteres Koks im Kleinverkauf nur gegen Vorzeigung des Lebensmittelkartenumschlages, und zwar für die einzelne Haushaltung und Woche 1 Sekolliter abgegeben, soweit die verfügbaren Vorräte es gestatten. Die Abgabe erfolgt nur dann, wenn auf den Lebensmittelkartenumschlag nicht schon in derselben Woche die nach der Bekanntmachung über „Regelung des Verkaufes für Briketts und Kohle für Hausbrandzwecke vom 18. Januar 1917“ zulässige Menge Briketts oder Kohlen entnommen worden ist.

Koksgrus, der sich in Mischung mit Kohle oder Briketts als Feuerungsmaterial für gewisse Oefen eignet, wird bis auf weiteres zum Preise von 50 Pfg. für 1 Sekolliter ohne Vorzeigung des Lebensmittelkartenumschlages verkauft.

Leipzig, am 14. Februar 1917.
Der Rat der Stadt Leipzig.

Beibehaltung der Großhandelszuschläge im Obst- und Gemüse-großhandel.

Die vom Rate am 13. Dezember 1916 für die Waren festgesetzten Großhandelszuschläge, die seitens der hiesigen Obst- und Gemüsegroßhändler vom städtischen Großmarkt für Gemüse und Obst bezogen worden sind, behalten auch dann ihre Gültigkeit, wenn die derzeitigen Einkaufspreise die am 13. Dezbr. 1916 festgesetzten Einkaufspreise übersteigen.

Leipzig, am 15. Februar 1917.
Der Rat der Stadt Leipzig.

Allgemeine Ortskrankenkasse Leipzig-Land.

Da der **Mangel an Kleingeld**

sich bei allen Einzahlungen und Auszahlungen an Kassenstellen fühlbar macht und die Abfertigung des Publikums äußerst erschwert, sogar in Frage stellt, ersuchen wir dringend, bei allen Zahlungen, insbesondere aber beim Abholen der Unterstützungsgelder an der Kassenhauptstelle sowohl wie in den Zahlstellen

Kleingeld mitzubringen.

Bei dieser Gelegenheit verweisen wir wiederholt auf den bargeldlosen Verkehr durch Benutzung unseres Postchekkontos Nr. 50594 Postchekamt Leipzig; bei Einzahlungen auf diesem Wege sind 10 Pfg. als Gebühr mit einzusenden.

Leipzig, den 14. Februar 1917.
Dawald Fischer, Vorsitzender.

Arbeitsmarkt

Buchbinder
Fertigmacher, Presser und Vorrichter gesucht.
Bibliographisches Institut A.-G.

DREHER SACHSEN-WERK

für lohnende Arbeit sofort gesucht. Niedersedlitz-Dresden

Mein Geschäft bleibt bis auf weiteres mittags von 1 bis 3 Uhr geschlossen.

G.H.Schrödter, Neumarkt 31/33
Teppiche, Möbelstoffe, Gardinen, Decken.

Eisendreher

möglichst gelernter Leute, und **einen Mann** zur Bedienung d. Gasmotors stellt ein
Maschinenfabrik Dörner
Stötteritz
Schönbachstraße 66.

Werkzeugschlosser

Werkzeugdrehler
f. Turbinenfabrikation.

F. Pause

Wasserturmstraße 7

Tischler

sucht
A. Schoner, Rahmannstr. 9.

Silbsarbeiter

für Dachbeder werd. dauernd
eingestellt.
Leipz. Dachschäd.-Rep.-G.
Kirchstraße 25/27.

Geeignete männliche od. weibliche Personen

z. Bedienung des Lasten-
fahrstuhles sofort gesucht.
Kriegsverletzte erh. d. Vorzug.
Waschanstalt Glitzner
Städt. Ferd.-Post-Str. 16.

Unabhängige fahrb. Frau

z. Aufw. u. Melnemach. gef.
P. m. v. 5-6 Kantine Bleicher.

Eine Scheuerfrau

wird sofort gesucht.
Berliner Straße 61-63.

Berufliche

Einige Duzend fast
ganz neue

Leinwandsäcke

welche noch gar nicht ge-
braucht, zu Mehl u. dergl.
sind zu verkaufen im Gut
Nr. 24 zu Ummelshain.

Wohnb., Ritterstr. 4, Tel. 3145,
Hilberstein Engw.-Tänzer u. Pöhlz,
Berf. Nähm. d. Inselstr. 7, IV. L.

Kaufgehilfe

Möbel aller Art kauft
R. Katschig, Karl-Heine-Str. 61

Hasen-, Kanin-

sowie alle Arten Felle, auch
Roh-, Auf- u. Schweinshaar
kauft Alwan, Mittelstr. 5, 6.

Energ. Schachmeister

mit 35 bis 50 Mann für Herstellung von Rohrgräben
für eine Wasserleitung in der Nähe Leipzigs sofort
verlangt von

Triton, G. m. b. H.
Berlin W. 35, am Kärlichbad 10.

Mehrere tüchtige

Backer
werden sofort eingestellt.

Hugo Schneider A.-G.
Leipzig.

Für meine Zurecherei suche ich zum baldigen An-
tritt einen

Werkführer.

Ernst Pfefferkorn, Rötha i. Sa.
Dampfrauchwagen-Zurecherei und Färberei.

Nach längerem, mit großer Geduld ertragenem
Leiden verschied am 12. Februar im 47. Lebensjahre
mein lieber Mann, unser guter Vater, Bruder,
Schwager und Onkel, der Steinmetz

Alois Bindler.

G a u s c h, am 12. Februar 1917.
In tiefem Schmerz

Anna verw. Bindler und Kinder.
Beerdigung Freitag, nachmittags um 8 Uhr,
von der Friedhofskapelle Gaußsch aus.

Zentralverband der Stenarbeiter Deutschlands

Zahlstelle Leipzig I.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß am 12. Februar
unser Kollege

Alois Bindler

im Alter von 47 Jahren gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Das Begräbnis findet Freitag, nachmittags 3 Uhr,
auf dem Gaußscher Friedhof statt.

Jährliche Beteiligung erwartet

Der Vorstand.

Nach kurzer schwerer Krankheit verschied gestern
Mittwoch, abends 1/7 Uhr, mein herzenguter
innigstgeliebter Mann, unser lieber Bruder, Schwa-
ger, Schwiegerohn und Onkel, der Schlosser

Alfred Föhrig

im 31. Lebensjahre. In tiefem Schmerz

P. Meudnig, den 15. Februar 1917

Antikerstraße 7

Emma verw. Föhrig
und sämtliche Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Sonntag, 18. Februar,
vom Trauerhause aus statt.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 15. Februar.

Geschichtskalender. 15. Februar 1504: Galileo Galilei in Pisa geboren († 1642). 1725: Der Dichter Karl Wilhelm Ramler in Kolberg geboren († 1798). 1740: Der Schriftsteller Wilhelm Heinse in Paderborn geboren († 1803). 1750: Der Philosoph Friedrich August Wolf in Hainrode geboren († 1824). 1763: Der Friede von Hubertusburg beendet den Siebenjährigen Krieg. 1781: Gottlieb Ephraim Lessing in Braunschweig gest. (* 1729).

Sonnenaufgang: 7,20, Sonnenuntergang: 5,10. Mondaufgang: 2,10 vorm., Monduntergang: 0,42 vorm.

Aus dem Stadtparlament.

Man wird den gestrigen „großen“ Tag nicht zu den besten in der Leipziger Kommunalpolitik rechnen, denn der Appell des Vorstehers Dr. Nothe und des Oberbürgermeisters Dr. Dietrich an den Patriotismus fand bei der Mehrheit der Stadtverordneten keine Aufnahme. Nach den vorangegangenen Verhandlungen in den Ausschüssen war zwar mit Auseinandersetzungen und auch mit einem gewissen Widerstand zu rechnen, daß es so gehen würde, wie es gestern der Fall war, das hatte wohl niemand angenommen. Welche für die Ausschüsse vorgeschlagenen Referenten berichteten über die Vorlage nicht, sondern der Vorsteher selbst. Vor allem verdient eine Bemerkung aus seinem äußerst sachlichen und klaren Bericht hervorgehoben zu werden, daß die Aussprache in den Ausschüssen sich in der Hauptsache um die Steuer- und Finanzpolitik, weniger um die Einzelheiten der Vorlagen selbst gedreht haben. Das ist auch gut so, denn es handelt sich nicht um Einzelheiten, sondern darum, wie die Steuerlast nach der Leistungsfähigkeit geteilt werden soll. Die Debatten, das mag hervorgehoben werden, standen deshalb ziemlich hoch, was man von den sonstigen Debatten des Stadtverordnetenkollegiums nicht oft sagen kann. Nicht zuletzt hat der Bericht des Vorstehers dazu beigetragen, worin die Gründe des Fiskus und Widerstand hervorgehoben wurden und so den geeigneten Boden für eine sachliche Aussprache schufen. Als erster Redner kam Herr Tobias zum Wort, der aus seiner Gegnerschaft gegen die Vorlagen nicht nur kein Hehl machte, sondern sie mit wenigen Sätzen abtat, um sich damit in scharfer Weise gegen die neue Politik der direkten Steuern überhaupt zu wenden. Der Miet- und Kartensteuer, so sagte er am Beginn seiner Ausführungen, stimme ich zu. Damit war für ihn selbstverständlich ausgesprochen, daß diese beiden Steuerarten, die gar nicht kommen durften, erledigt sind. Ganz selbstverständlich war für ihn auch, daß die Steuererhebung schon bei 500 Mk. nicht beginnen muß. Eigentümlich nahm sich bei seiner abnehmenden Stellung der Satz aus: Es ist selbstverständlich, daß wir alle Opfer bringen müssen! Interessant ist auch, daß er die Bemerkung Heydebrauns anzog, von den starken Bedenken, die gegen die neue Belastung bestehen. Für Herrn Tobias ist auch „selbstverständlich“, daß die Herren von der Linken für den Steuerzuschlag sind. Die drei Gründe, die Herrn Tobias veranlassen, jetzt gegen die Einführung der Zuschlagsteuer zu sein, sind: 1. der Beschluß des Städtebundes, daß alle Kriegsausgaben der Gemeinden aus Kriegsanleihen zu decken sind; 2. daß das Defizit in acht Tagen von 7 auf 12 Millionen gestiegen ist, und 3. die Wiedererstattung durch das Reich. Wie er sie im einzelnen näher ausführte, ist im Bericht nachzulesen. Hervorzuheben ist nur, daß er die Finanzliste anführte, mit deren Hilfe es möglich werde, auf neue Steuern überhaupt zu verzichten. Besonders die 10 Millionen Reserve haben es ihm angetan, diese können sehr wohl mit „ungebuttert“ werden. Fest baut er auch auf das Reich, das durch Einführung indirekter Steuern und Monopole große Einnahmequellen erschließen werde, aus denen die Gemeinden auch Hilfe erwarten dürften. Ganz abgesehen von der Steuerart berührte Herr Tobias hier eine Frage, die die Gemeinden keineswegs gleichgültig beiseite schieben sollten; denn den Gemeinden sind durch den Krieg Ausgaben zugemutet worden, die zu ihren Aufgaben nicht gehören und weit über ihre Kräfte gehen. Dabei haben die Gemeinden auf die gesamte Kriegspolitik keinen Einfluß, sie sind nur der leidende Teil. Wichtig und sehr beherzigt war es auch, was er in bezug auf das Finanzwesen nach dem Kriegsende sagt: nach dem Kriege hätten die Gemeinden ihre Schulden an die Banken zurückzahlen, weil diese von der Industrie und dem Handel in Anspruch genommen würden. Freilich spricht dies gegen seine Haltung in der Steuerfrage, denn eben aus dem Grunde müssen die Gemeinden schon jetzt an die Sanierung ihrer Finanzen gehen. Zum Schluß wiederholte er seinen Antrag aus den Ausschüssen, wonach die Verabschiedung der Steuervorlagen bis nach der Haushaltsplanberatung vertagt werden soll; auch soll über seinen Antrag namentlich abgestimmt werden.

Wie Herr Tobias aus Ganz, so suchte sein Fraktionskollege Herr Meiner den Mittelweg einzuschlagen, um „das allergeringste Unheil auf den Geldbeutel“ abzumindern. In der Sache selbst, das erklärte er ausdrücklich, sei er mit Tobias einverstanden. Nach seinem Antrag, der eine andre Staffelung des Zuschlags will, würde, wie der Steuerbezug vorrechnete, ein Steueranfall um beinahe die Hälfte eintreten.

Den beiden Steuergegnern folgte Genosse Pöllender, der in einer reichlich mit Material versehenen Rede nachwies, daß es die höchste Zeit sei, die Stadtfinanzpolitik in geordnete Bahnen zu lenken. Er wies auf die Schuldenlast hin, die allein schon genüge, für Einnahmen zu sorgen. Wenn Herr Tobias für indirekte Steuern eintrete, so bleibe er nur seinem Standpunkte treu. Ob das Reich freilich viel Einnahmen erzielen werde, wenn es zu seiner früheren Politik der indirekten Steuern und Zölle zurückkehre, sei sehr unwahrscheinlich; Monopole rein fiskalischer Art aber, die keine Verbilligung der Produkte bringen, könnten ihm gestiftet werden. Es wäre übrigens eine glorreiche Errungenschaft des Krieges, wenn die Armen die Bege zahlen sollen. Zum Schluß beantragte er, die unterste Grenze bei der Zuschlagsteuer auf 2800 Mk. festzusetzen.

Nur eines teilte der nun folgende Redner mit den beiden Herren aus der 1. Klasse: die Schen vor neuen direkten Steuern! Herr Thüne, der sehr beleidigt wäre, wenn man ihn nicht als Mittelstandsvertreter anerkennt wollte, trieb eine solch mittelstandsfeindliche Politik, daß sie ihm sogar vom Herrn Vorsteher und Ober-

Bürgermeister bezeugt und vorgehalten wurde. Er erklärte sich nämlich für den Meiner'schen Antrag, der nichts andres zur Folge hat, als daß der Normalsteuersatz erhöht werden muß, wodurch gerade die Armen und der Mittelstand am schärfsten getroffen werden. Herr Thüne suchte zwar den Einwand zu entkräften, brachte es aber nur zu ein paar inhaltslosen Bemerkungen.

Nunmehr holte der Oberbürgermeister Dr. Dietrich zu einer längeren finanzpolitischen Rede aus, die er, in die Worte ausfüllenden, leh, er glaube nicht daran, daß die Westenden Leipzigs den Patriotismus nur im Munde führen, und wenn es aus Steuerzwecken geht, dann ausreifen. Er habe eine höhere Meinung von ihnen, auch von ihrer sozialen Einsicht, als sie zum Ausdruck gekommen sei. Im einzelnen ging er dann die Einwendungen gegen Steuern durch und hob mit Nachdruck hervor, daß gar nicht daran zu denken sei, daß das Reich den Gemeinden helfen könne. Wenn darauf hingewiesen worden sei, wir wollten abwarten, wie wir am Kriegsende dastünden, so sei diese Auffassung zu teilen unmöglich; wir könnten nicht warten, sondern hätten mit einem Ausgabeetat von 80 Millionen zu rechnen. Da bedeuteten 7 Millionen Reserve nichts. Dies sei übrigens nur ein Fonds für die äußerste Not. Jetzt gelte es, sich der eisernen Notwendigkeit zu fügen. Auch der Vorsteher griff nun in die Aussprache ein und führte den Gegnern die Nachteile zu Gemüte, die aus der Ablehnung der Vorlage entstünden. Schon vom sozialen Standpunkt aus müsse die Zuschlagsteuer angenommen werden, wie sie im Landtag des langen und eingehenden beraten und wegen ihres sozialen Charakters auch beschlossen worden sei. Den Reichen müße das Herumtischen in Deutschland gar nichts, denn auch in anderen Städten werden hohe Steuern sein.

Herr Tobias, der als jährr Kämpfer bekannt ist, holte nun nochmals aus und behauptete, es handle sich nicht um die Regelung des Zinsdienstes, sondern darum, daß die jetzige Generation zugunsten der späteren Generationen belastet werden solle. Er hatte aber nur den Erfolg, daß sich der Oberbürgermeister nochmals nachdrücklich gegen ihn wandte.

Jetzt handelte es sich nur um den Zinsdienst. Das Ende des Schuldenzinsens und damit enormer Steuern kommt erst. Was soll werden, da der Widerstand jetzt schon so groß ist, wo erst der Anfang mit neuen Steuern gemacht, wenn erst die „normal hohen“ Steuern kommen? Wie wenig ungünstig der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion die Finanzen beeinflusst, geht aus einer Bemerkung Dr. Mertels hervor, daß der Kuchfall bei der Mietsteuer nur 60 000 Mk. ausmachen würde. Dessenungeachtet fiel der Antrag durch.

Bei der namentlichen Abstimmung erhielt der Tobias'sche Vertragsantrag 15 Stimmen; dagegen erhielt der Meiner'sche Antrag 31 Stimmen gegen 24 Stimmen. Der sozialdemokratische Antrag auf 2800 Mk. wurde abgelehnt; die Kartensteuer wurde gegen 15, die Mietwertsteuer gegen 13 Stimmen beschlossen.

Von den anderen Tagesordnungspunkten konnten nur noch einige der wichtigsten Gegenstände erledigt werden, die übrigen mußten vertagt werden.

Neue Bekanntmachungen.

Der Kleinhandelshöchstpreis für Speisestärke beträgt vom 10. Februar an 6 1/2 Pfg. für ein Pfund.

Die Neuregelung des Verkaufs von Bricketts und Kohlen betrifft eine Bekanntmachung im Inseratenteil.

Kohl wird im Kleinverkauf nur abgegeben, wenn für die in Frage kommende Woche nicht schon die zulässige Menge Bricketts oder Kohlen entnommen ist.

Die Großhandelszuschläge für Obst und Gemüse behalten ihre Gültigkeit auch dann, wenn die Einkaufspreise die festgesetzten Höchstpreise übersteigen.

Ausrunderhaltung der strengen Schließungsbestimmungen über Theater, Versammlungsräume usw.

Das hiesige Stellvertretende Generalkommando hat gestern angeordnet, daß die Einschränkungen nach der Verordnung vom 5. Februar bis auf weiteres in Geltung zu bleiben haben. Es sind also die Theater, Lichtspielhäuser, sowie alle Säle und Räume, worin Versammlungen, Vorträge, musikalische Darbietungen und sonstige Veranstaltungen stattfinden, auch ferner bis auf weiteres zu schließen. Die Polizeistunde für die Wirtschaften, Kaffeehäuser, Vereins- und Gesellschaftsräume usw. bleibt nach wie vor 10 Uhr abends. Ausnahmen sind unzulässig.

Der Präsident des Kriegsernährungsamts gegen die Kundenlisten.

Herr v. Batocki, der Präsident des Kriegsernährungsamts, hat den Kommunalverbänden ein Rundschreiben über die zweckmäßigste Art der Lebensmittelverteilung durch die Gemeinden zugehen lassen, dem zwei Muster-Lebensmittelkarten beigegeben sind. Das Rundschreiben ist dadurch besonders bemerkenswert, daß es sich ausdrücklich gegen die Kundenlisten und für die Freizügigkeit beim Lebensmittelkauf ausspricht. Es ist bekannt, daß die Lebensmittelhändler jetzt durchaus nicht höflich und entgegenkommend gegen die launende Bevölkerung sind, namentlich gegen die Bevölkerung, die auf Grund von Kundenlisten gezwungen ist, bei ihnen einzukaufen. Diesem Uebelstand will das von Herrn Batocki vorgeschlagene System besonderer Lebensmittelkarten begegnen. Es heißt hierüber in dem Rundschreiben:

„Dieses System sieht eine Vorausmeldung des Bedarfs durch Karten mit Bezugsabschnitten vor. Wegen Abgabe eines Bezugsabschnitts erhält der Verbraucher eine vom Kleinhändler handschriftlich, mit seinem Firmensiegel oder sonstwie beliebig gekennzeichnete Quittung. Auf Grund der gesammelten Bezugsabschnitte, die an die Gemeindebehörde oder den Großhändler zu übermitteln sind, erfolgt von dieser die Aufteilung der Ware an die Kleinhändler. Die Weitergabe der Ware an die Verbraucher darf nur gegen Rückgabe der Quittungen erfolgen. Die zurückgegebenen Quittungen dienen gleichzeitig zur Kontrolle der Kleinhändler durch die Gemeindebehörde dahin, ob sie die ihnen aus Grund der abgegebenen Bezugsabschnitte zugeleiteten Warenmengen richtig dem Verbraucherpublikum übermitteln haben oder ob noch Restbestände bei ihnen vorhanden sind. Diese Kontrolle ist von Wichtigkeit insofern, als durch sie den Kleinhändlern die Möglichkeit genommen wird, nicht oder nicht rechtzeitig abverlangte Waren an nicht empfangsberechtigten Kunden zu liefern.“

Der Verbraucher ist bei diesem System nicht an einen bestimmten Kleinhändler gebunden, vielmehr berechtigt, vor jeder neuen Verteilung einen andern Kleinhändler zu wählen, so daß die größtmögliche Freizügigkeit vorhanden ist, außerdem für den Kleinhändler der Preis bestimmt, sich durch Entgegenkommen seine Kundenliste unter dem Verbraucherpublikum zu sichern. Die Kundenlisten, welche sich nicht immer bewährt haben, kommen ganz in Fortfall, wenn schon der Händler sich bei ihm angemeldeten Kunden vorzuziehen kann. Durch dieses System wird weiter erreicht, daß das Publikum ohne zeitraubendes Warten die Ware in den von ihm gewählten Geschäften erhält. Denn der Kleinhändler verfährt in jedem Falle über die zur Vermeidung seiner gesamten Kundenliste erforderlichen Warenmengen zu den im voraus zu bestimmenden Zeiten. Schließlich ist jede Voraussetzung von Kunden unmöglich, da dem Kleinhändler nur die durch Bezugsabschnitte nachgewiesene Warenmenge zur Verfügung steht. Auch andre Systeme haben sich im allgemeinen bewährt. Viele von ihnen sind aber zu verwickelt und andre haben den Nachteil, daß die Verbraucher für die gesamte Wirtschaftsdauer ihrer Karten an einen und denselben Kleinhändler gebunden sind. Auch dort, wo sich bisher erhebliche Schwierigkeiten herausgestellt haben, wird es sich deshalb im Interesse der Einheitslichkeit empfehlen, doch das hier vorgeschlagene System bei geeigneter Gelegenheit einzuführen.“

Dem Rundschreiben sind Entwürfe für die Vorausmeldungen und Verordnungen der Gemeinden über die Einführung solcher Lebensmittelkarten beigegeben.

Die Theateraufführungen und der Lichtbildvortrag am nächsten Montagabend, die vom Arbeiterbildungsinstitut veranstaltet worden sind, können wegen der Aufrechterhaltung der Verordnung nicht stattfinden.

Die Teilnehmer am Kursus über Entwicklung in Natur und Gesellschaft wollen sich am Freitag, dem 10. Februar, 1/2 Uhr, zu einer Besprechung im alten Pöckel einfinden.

Zahlung von Steuern und Beiträgen für Gas und elektrisches Licht im Postcheckverfahren. Die Steuerzahlerstellen, die ein Postcheckkonto haben, können mit ihrem Postcheckamt vereinbaren, daß die Staats- und Gemeindesteuern durch Abbuchung des Betrages vom Postcheckkonto des Steuerzahlers, ohne daß dieser eine Ueberweisung ausstellen, beglichen werden. Die Steuerzahler, die von dieser Einrichtung Gebrauch zu machen wünschen, brauchen ihrer Steuerzahlerstelle nur zu erklären, daß die Steuern jedesmal bei Fälligkeit durch Abbuchung von ihrem Postcheckkonto berichtigt werden sollen. In derselben Weise können nunmehr auch die Beiträge für Gas und elektrisches Licht beglichen werden. Die Postcheckkunden müssen dafür sorgen, daß zu den Fälligkeitstagen auf ihrem Postcheckkonto ein ausreichendes Guthaben ist.

Kriegszulagen für städtische Lehrer, Beamte, Angestellte und Arbeiter. Der Rat hat eine Vorlage beschlossen über die Neuregelung der Kriegszulagen und der Kinderkriegszulagen der Lehrer, städtischen Beamten, Angestellten und Arbeiter, sowie über die Gewährung einmaliger Beihilfen. Die Vorlage wird die Stadtverordneten beschäftigen.

Seisenabgabe. Es ist daran zu erinnern, daß Feinselse und Seisenpulver nur gegen Seisenarten abgegeben und entnommen werden dürfen. Die an eine Person in einem Monat abzugebende Menge darf 50 Gramm Feinselse (Zolletten, Kern- und Rasterseife) sowie 250 Gramm Seisenpulver nicht überschreiten. Die Seisenarten gelten im ganzen Reichsgebiet.

Die Sommerzeit. Die Erwägungen über die Einführung der Sommerzeit in diesem Jahre sind nunmehr so weit gediehen, daß bereits bestimmte Termine in Aussicht genommen worden sind. Während im Vorjahre die Sommerzeit vom 1. Mai bis zum 30. September dauerte, wird sie in diesem Jahre vom 15. April bis zum 15. September durchgeführt werden.

Der Aluminiumpfennig. Wie wir dieser Tage berichteten, sind im Januar für 1250 Mk. Aluminiumpfennige geprägt worden. Die Reichsbank hat am Montag mit der Ausgabe des neuen Pfennigs begonnen. Die Münze ist etwas kleiner, dafür aber ein wenig dicker als der Kupferpfennig. Nach und nach sollen für zwei Millionen Mark Aluminiumpfennige, also 200 Millionen Stück, geprägt werden.

Keine Benützung der Feuerwehre bei Wasserrohrbrüchen. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Benützung der Feuerwehre zur Herbeiführung der Feuerwehre bei Wasserrohrbrüchen und dergleichen unstatthaft und nach § 308 Ziffer 8 des Reichsstrafgesetzbuchs strafbar ist. Wenn bei Wasserrohrbrüchen das Eingreifen der Feuerwehre für nötig erachtet wird, so ist die zuständige Feuerwache telephonisch, gegebenenfalls von der nächsten Polizeiwache aus, zu benachrichtigen. Da bei Benützung der Feuerwehre die Feuerwehre annehmen muß, daß es sich um einen Brand handelt, so rückt sie mit vollem Eifer aus, also für einen Wasserrohrbruch mit ganz unnötiger Besetzung und ungeeigneten Geräten. Von der Einsicht der Einwohnerschaft wird erwartet, daß die Mannschaft der Feuerwehre, die durch Einberufung zahlreicher Mitglieder zum Herbeidienst sehr verringert worden ist, nicht zwecklos der Feuerlöschbereitschaft, also ihrer eigentlichen Bestimmung, entzogen und die Feuerlöschbereitschaft gefährdet wird.

Gebühr für telephonische Drohschreibenbestellung. Die von den Leipziger Drohschreibenbestellern in der Stadt unterhaltenen Telephonhäuschen für Drohschreibenbestellung liefern seit Monaten wegen des Drohschreibemangels einen so geringen Ertrag, daß die Einnahmen den Lohn der Telephonistinnen nur noch zur Hälfte decken. Um die Einrichtung im Interesse des Publikums bis auf weiteres noch aufrechterhalten zu können, haben die Drohschreiber die Bestellgebühr von 10 Pfg. auf 20 Pfg. erhöht.

Knochen- und Kleinfleischverkauf auf dem Schlachthof. Freitag, den 15. Februar, früh: von 8-10 Uhr Nr. 87001 bis 87500; von 10-11 Uhr nur für Urtauber; von 11-12 Uhr Nr. 87501 bis 88000; von 1-2 Uhr Nr. 88001 bis 88500; von 2-3 Uhr Nr. 88501 bis 89000. Der Umschlag der Lebensmittelkarte Nr. 16, die gelbe Marke und vier Fleischmarken sind mitzubringen.

Bei der Firma Augustin heute kein Verkauf. Freitag I (heute) Nr. 4031 bis 5200; Freitag II Nr. 741 bis 1240.

Polizeinachrichten.

Zeugen gesucht. Am 20. Januar, abends in der 8. Stunde, ist auf der Straßentrennung Tübchenweg und Gerichtsweg ein Handwerksmann von einem zwelfspännigen Aufschneider überfahren worden. Von Vorübergehenden ist der Heberfahrene aufgehoben und in das Pflanzhaus getragen worden. Man bittet die hierbei beiläufig oder sonst Zeuge des Vorfalles gewesen Personen, ihre Namen und Wohnung der Kriminalabteilung mitzuteilen.

Mitfast gefugter Dieb verhaftet. Ein vielfach rekräftig gefugter 18jähriger Stallgehilfe aus Knauthain wurde am Mittwoch verhaftet, als er im Begriff war, eine Anzahl Kleidungsstücke zu verpacken. Die Kleidungsstücke hatte er sich erst gekauft, allerdings von Geld, das er auch erst auswärts gestohlen hatte.

Tot aufgefunden. In einem Grundstücke in der Carolinenstraße war am Mittwoch mittag der 41jährige Klempner Oskar Jochen mit Reparaturarbeiten beschäftigt. Als sein Meister nach ihm sehen wollte, fand er ihn in einem Abort tot auf. Er war an Kohlenoxydgas erstickt. Die Leiche wurde polizeilich aufgehoben.

Unfälle. Auf der Kreuzung der Walb- und Sedanstraße wollte eine 18jährige Nöthin ihren Hund vor einem nahenden Straßenbahnwagen vom Straßenbahnkörper entfernen. Sie wurde hierbei von dem Straßenbahnwagen umgerissen und erlitt einen Beinbruch. — Beim Absteigen von einem Straßenbahnwagen kam am Mittwochabend auf dem Georgiringe eine 62jährige Arbeiterin auf den Kopf und erlitt einen Armbruch. Nach Zeugnisaussagen liegt nur eigenes Verschulden vor. Der Verletzten wurde in einer Sanitätskammer die erste Hilfe zuteil.

Haufstauen zur Warnung. Eine schwer vorbestrafte 30jährige Arbeiterin aus Großenhain schwindelte einer größeren Anzahl Frauen die Prostitutionsarbeiten an. Sie verführte diese durch gute Verbindungen, die sie habe, die doppelten Protraktionen zu verschaffen. Die Prostituierten verkauften sie dann unter neuen logischen Angaben zu hohen Preisen. Sie kam in Hast und Neugierde, ebenso wie die Käufer der Prostituierten, ihrer Verstrafung entgegen. Es sei hierauf hingewiesen, daß eine Erhöhung der Protraktionen und auch anderer Besätze nur durch die zuständigen Stellen erfolgen kann und daß alle darauf bezüglichen Anwerbungen Schwindel und nur darauf berechnet sind, den Arbeitern zu über-vorteilen.

Diebstahl Schulmädchen. Seit einiger Zeit gelangten eine ganze Anzahl Verabredungen von Ladungen, die am Tage während der Geschäftszeit begangen waren, zur Anzeige. Als Dieb wurde jetzt ein 12jähriges Schulmädchen von hier verhaftet. Das Mädchen, das sich bis vor kurzer Zeit gut geführt hat, hat das gestohlene Geld vernachlässigt.

Sächsische Angelegenheiten.

Mit der Lebensmittel- und der Kohlennot beschäftigte sich die sozialdemokratische Landtagsfraktion in ihrer Sitzung, die sie aus Anlaß der Parteikonferenz am 13. Februar abhielt. Sie beschloß, den Fraktionsvorstand zu beauftragen, bei der Regierung entsprechende Schritte zu tun und sie darauf hinzuwirken, daß sie zwar die Schwierigkeiten, die der Krieg verursacht, nicht verkenne, aber doch der Meinung sei, daß bei rechtzeitigen, tatkräftigen und geschickten Zugriffen vieles besser sein könne, als es der Fall ist. Der Fraktionsvorstand wird dementsprechend Schritte tun, um die Regierung zu veranlassen, die notwendigen Maßnahmen mit der allergrößten Beschleunigung ins Werk zu setzen.

Der Krieg und die Beschlußfähigkeit in den Gemeindeparlamenten.

In der letzten Stadtverordnetenversammlung zu Vorna wurde ein Schreiben der Kreisbauernvereine zur Verlesung gebracht, in dem die Beschlußfähigkeit des Stadtverordnetenkollegiums bei Anwesenheit von mehr als der Hälfte der Mitglieder für die Dauer des Krieges abgelehnt wird. Die Stadtverordneten hatten anstatt der Einberufung von Ersatzmännern für die im Heere befindlichen Mitglieder jenen Ausweg zur Sicherung der Beschlußfähigkeit des Kollegiums gesucht, weil den Leuten die gelegentliche Teilnahme an Sitzungen nicht verwehrt, wenn auch andererseits mit der Teilnahme nicht gerechnet werden könne. Die Kreisbauernvereine empfehlen gleichzeitig die Heranziehung von 1 oder 2 Ersatzmännern, indem sie geltend machen, die einberufenen Stadtverordneten, oder doch wenigstens diejenigen von ihnen, die infolge der militärischen Verwendung nicht ständig in der Lage sind, ihre Stadtverordnetenpflicht auszuführen, dürften auf Veranlassung der entlassenen Schwierigkeiten einsehen, daß eine unzureichende gelegentliche Teilnahme weder ihnen zur Befriedigung, noch der Stadt zum Nutzen gereichen kann. Daraufhin haben zwei Stadtverordnete auf die Ausübung ihres Mandats für die Kriegsdauer verzichtet, und es sind nunmehr Ersatzmänner einberufen worden. Ein Dritter, der ebenfalls unter der Fahne steht, erklärt als Angehöriger des hiesigen Ersatzbataillons zu den Sitzungen Urlaub, Ersatz für ihn erledigt sich also, wohl aber dürfte ein solcher für einen anderen inzwischen einberufenen erforderlich werden.

Gewissenlose Nahrungsmittelschlebung.

In der Chemnitzer Volksstimmung lesen wir: Vergangenen Donnerstag, abends in der achten Stunde, begegnete sich in der Mitte des Chemnitzer Hauptplatzes ein Auto aus Jandau und ein Schlittengespann aus Chemnitz. Beide hielten an. Aus dem Auto wurden zwei schwere Reiseförde und ein gefüllter Sack in den Schlitten gehoben und ein schwerer Reiseford aus dem Schlitten in das Auto. Auch wurde bemerkt, daß die Chemnitzer den Autofahrer Geld überreichten. Einem jungen Mann kam die Sache verdächtig vor und er meldete den Vorgang sofort dem Gemeindevorstand. Der Schlitten kam denn auch bald angefahren und es gelang, ihn anzuhalten und auf das Gemeindegelände zurückzubringen. Bei der Untersuchung stellte sich heraus, daß die Reiseförde und der Sack ein geschlachtetes Kind enthielten, sogar das Blut war in einer Fleischwanne mit dabei. Weiter wurde festgestellt, daß das Kind im getrockneten geschlachteten war, denn der Stempel des Fleischbesetzlers fehlte. Bei der Untersuchung durch den Bezirksarzt am nächsten Tage wurde weiter festgestellt, daß das Fleisch vollständig unbrauchbar und für den Genuß nicht verwendbar war. Ein derartiger Vorgang soll sich bereits früher außerhalb des Orts auf der unbewohnten Straße zwischen Mittelbach und Oberlingwitz einmal zugetragen haben.

Dresden. Einem umfangreichen Schwindel mit Brot- und Lebensmittelfälschung, der seit längerer Zeit in großem Maßstabe betrieben wurde, ist, wie die Lokalpresse berichtet, die Kriminalpolizei auf die Spur gekommen. Die Schwindler, die im Alter von 18 bis 27 Jahren, wurden verhaftet. Sie fertigten falsche Ausweispapiere an, mit deren Hilfe sie sich von den Vertrauensmännern Lebensmittelfälschungen in großer Menge erschwindelten. Sie hatten es besonders auf die Erlangung von Brotweinen abgesehen, die zum Preise von 2 Mark das Stück verkauft wurden. Die Schwindler, sämtlich arbeitsscheue und vorbestrafte Jungen, verschafften sich dadurch Tageseinnahmen bis zu 50 Mark. Sehr begünstigt wurde dieser die Allgemeinheit schwer schädigende Handel dadurch, daß die Bäcker und die Abnehmer immer wieder getäuscht wurden, noch weitere Scheine zu bringen. — Der Kommunalverband macht bekannt, daß sich die Heranziehung der Protraktionen für männliche und weibliche Dienstboten von 20 auf 18 Pfund in 4 Wochen durch die Verhältnisse notwendig gemacht hat.

Chemnitz. Bei einer Gemeindevorstandswahl in Schöbel machten nur 20 Wähler von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Es entfielen auf einen bürgerlichen Kandidaten 11 Stimmen, während Gen. W. G. 6 Stimmen erhielt. Drei weitere Stimmen erhielt ein Monteur Golde. Durch die neue Wahlteilnahme haben wir ein Mandat verloren, welches bisher zum unbestrittenen Besitzstand unserer Partei gehörte. Die bürgerlichen Wähler haben es trotz des Urteils verstanden, einen der ihrigen ins Gemeindegremium zu bringen.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Im Krankenhaus zu Alttau ist auch der zweite der bei dem Giebelsturz des Kaufhauses verunglückten beiden Maurer, der Hausbesitzer Karl K. u. a. aus Verstoß bei Alttau, seinen Verletzungen erlegen. — In der Nähe

des Güterbahnhofes K. u. a. gingen zwei jugendliche Straßenarbeiterinnen auf den Schienen, um etwas zu holen. Um einem Unfälle auszuweichen, vertrat sie das Weis, auf dem ein Schnellzug dahergefahren kam. Durch die Puffer des Schnellzuges wurden sie beiseite geschleudert, erlitten aber durch den erhaltenen Stoß so schwere Verletzungen an der Wirbelsäule, daß sie kurze Zeit darauf starben. Von demselben Schnellzug wurde oberhalb des Personenbahnhofes ein Fremder überfahren und getötet, der sich in selbstmörderischer Wut auf die Schienen geworfen hatte. Er soll aus Dresden stammen. — Die Kriminalpolizei in Chemnitz verhaftete einen 42 Jahre alten Fabrikarbeiter, der durch fahrlässiges Verhalten den Tod der beiden Arbeiter Selmann und Friedrich, die der Explosion in der Krauthelmischen Fabrik in der Vorstadt Vorna zum Opfer fielen, verschuldet haben soll.

Aus den Nachbargebieten.

Orte a. S. Um die Kriegsausgaben weitesthin bestreiten zu können, hat der Magistrat bei den Stadtverordneten die Bewilligung weiterer 3 Mill. Mark beantragt. Wähler sind von der Stadt 30 095 702,13 Mk. für Kriegszweckzwecke ausgegeben worden. Von dieser Summe sind 14 217 180,20 Mk. der Stadt erstattet worden, während ihr 16 718 572,00 Mk. als reine Ausgabe zur Last fallen.

Halle a. S. Wie die Saalezeitung berichtet, ist es dem Magistrat gelungen, mit der Allgemeinen Lokal- und Straßenbahngesellschaft Berlin als Eigentümerin unserer Stadtbahn einen Vertrag abzuschließen, wonach die Stadtbahn Halle zum 1. April in das Eigentum der Stadt übergeht. Der Kaufpreis beträgt etwa 4 1/2 Millionen Mark.

Magdeburg. Die Stadt beabsichtigt, eine Tränkungsanlage für Gemüse einzurichten, deren Anschaffungs- und Einrichtungskosten sich auf 20 000 bis 30 000 Mk. belaufen werden. Es sollen dadurch Vorräte für den Winter gewonnen werden. Man hofft auf die Erlangung dieser Vorräte vor allem durch Beschaffung der neuen „Vatoci-Vertragsverträge“ hinwirken zu können.

— Um dem Mangel an Kleinwohnungen in industriereichen Stadtteilen abzuhelfen, beabsichtigt der Magistrat auf die Bitte der Gemeinnützigen Baugenossenschaft, dieser Bauanstalt den Bau von Kleinwohnungen in Erdpacht zu geben, sofern die Stadtverordneten ihr Einverständnis dazu geben. Geschieht dies nicht, dann soll das Gelände der Genossenschaft zu einem niedrigen Preise zum Kauf angeboten werden.

Weimar. Infolge der Kohlennot ist hier der Betrieb des Krematoriums eingestellt worden.

Chemnitz. Die rasche Steigerung der Fleisch- und Wollpreise hat die Schafzucht sehr gehoben. Zur letzten Verpachtung des hiesigen Truppenübungsplatzes waren Schafhalter aus allen Teilen Deutschlands zugegen. Die abgegebenen Angebote erreichten eine Höhe von 27 040 Mk.

Aus der Umgebung.

Anbauumfang für die Landwirtschaft!

Bei der Geselligkeit vieler Landwirte, sich bei der Bewirtschaftung ihrer Acker weniger darum zu bekümmern, was das Volk am nötigsten braucht, sondern sich danach zu richten, was am meisten Geld abwirft, muß die Förderung des Anbauumfangs immer dringlicher erhoben werden. Ein guter Kenner der landwirtschaftlichen Verhältnisse äußert sich so:

„Wo sind die Verpflanzungen fünfundsiebzigjähriger Hochschulgoltpflanzungen? Wir müssen die deutsche Landwirtschaft schützen und stark machen, damit sie im Falle eines Krieges in der Lage ist, Deutschland ernähren zu können! Hören wir's so nicht bis zum Ueberdruß! Und wie wurden jene hochkosten, die trotz alledem dabei blieben, daß auch bei noch so hohen Preisen der deutsche Boden nicht reichen würde, um einem Volke von 70 Millionen selbst bei verminderten Ansprüchen auf lange Zeit des Reibes Notdurft zu gewähren. Heute haben wir die Verstaatlichung.“

Während wir jetzt die karthoffellose Zeit durchmachen, vielfach hoffen, der nächste Witterungsumschlag würde reichlichere Zufuhren bringen, drängt sich die Frage auf: Was wird im nächsten Winter? Werden die deutschen Landwirte so viel Kartoffeln anbauen, daß wir ein zweites Mal vor dieser Not bewahrt bleiben? Die Frage ist zu verneinen. Aus vielen Bezirken sind Nachrichten eingelaufen, aus denen zu entnehmen ist, daß man in weiten Kreisen der Landwirtschaft sich mit dem Gedanken trägt, im Frühjahr nicht mehr Kartoffeln zu pflanzen, als man für die eigene Wirtschaft benötigt. Die Not muß tatsächlich in weiten Kreisen vorhanden sein. Anders lassen sich die jetzt schon einsetzenden Anläufe von Heubrüden und Landwirtschaftskammern, die zu umfangreichen Kartoffelanpflanzungen auffordern, nicht erklären. Ueberdies haben wir uns selbst bemüht, die Absichten vieler Landwirte zu erkunden. Parteilosen, die mit den Söhnen der Erde in Kasernen zusammen sind, haben ihre landwirtschaftlichen Kameraden im Waffenrock befragt, andere, die als Reisende über Land und Dorf für Dorf und Haus für Haus abgehen, haben mitgeholfen und überall die Absichten der Landwirte zu erfahren versucht. Das Ergebnis ist ebenso bescheiden wie niederschmetternd. Neben wenigen Praktikanten, die aus ehler Bestimmung heraus erklären, sie würden zum Besten der Allgemeinheit so viel Kartoffeln anbauen, wie sie könnten, steht die erdrückende Mehrheit jener, die der Kriegswucher angegriffen hat. Sie haben ihre Moral auf die höchsten Gemeinprojekte eingestellt und erklären, nicht über den eigenen Bedarf anbauen zu wollen.

Daher wissen sie ihrem Verhalten noch eine moralische Seite zu geben. Wir haben 12 Mark für Saatkartoffeln zahlen müssen und 4 Mark bekommen wir Verkaufspris! Keinzug von hundert Reimern stützen sich hierauf. Sie wollen sich vor Wiederholungen schützen und haben so einen Grund, um ihr Vorhaben in den Augen der Welt zu erklären.

So stehen wir vor der Bewilligung, im nächsten Jahre noch größere Kartoffelförderung zu erleben wie zur Zeit. Deshalb fordern wir wieder und immer wieder: Zwangsbebauungsplan für den landwirtschaftlichen Boden! Saatkartoffeln zu mäßigen Preisen für die Landwirtschaft!

Kleinrent bei der Auszahlung von Krankengeld mitbringen.

Die Ortskrankenkasse von Leipzig-Land ersucht in einer Bekanntmachung dringend, bei der Erhebung von Unterstützung Kleinrent mitzubringen.

Engelsdorf, Säuglings- und Krankenpflege. Am nächsten Montag und Dienstag, nachmittags, sind in der Schule die Säuglinge vorzustellen. Zu gleicher Zeit findet daselbst die Ausgabe von Oris- und Pasterfäden für Säuglinge, Kranke und schwangere Frauen gegen die nötigen Ausweise statt.

Die zweite Volksküche (Hauptküche) ist nunmehr dem öffentlichen Verkehr übergeben worden. Auf jeder Spielmarke ist angegeben, ob das Essen in der Schule oder im Gasthof zu holen ist, was genau zu beachten ist. Die neuen Spielmarken für die nächste Woche sind nur Sonnabend, vormittags, auf dem Gemeindevorstand zu haben.

Tauscha. Sitzung des Stadtrates vom 13. Februar. Der Bürgermeister Dr. G. hat berichtet, daß eine Sitzung der Parthengemeinschaft stattgefunden hat, in der er selbst als Vorsitzender, Kreisrat J. als Schriftführer und Stadtkassierer Starke als Kassierer gewählt wurden. Der Stadt Tauscha als Vorort wurde der Auftrag, die Planung der Parthe zu entwerfen, wofür eine Vergütung von 5 Prozent zur Berechnung kommt. Beschlossen wurde dabei, eine kleine Verlegung der Parthe an der Wäcker Mühle und eine Ausschachtung bei der Parthemühle in Tauscha vorzunehmen. In Beitrag hat Tauscha für 1916 8 Pfg. und 7 Pfg. für 1917 pro Einheit zu leisten. — Eine Neuordnung der Verpfleg-

läge im hiesigen Krankenhaus fand einstimmige Annahme. Danach kommen vom 1. Juli 1917 an folgende Sätze in Anrechnung: 1. außerhalb Tauscha wohnende Kranke 3 Mk. für den Tag und 2.50 Mk. für Krankenkasse. Die jährliche Krankenkasse von 75 Mk. auf 100 Mk. erhöht. Für Mitglieder der Tauschaer Ortskrankenkasse beträgt der tägliche Satz 2.50 Mk. für Krankenkasse 3 Mk. Die jährliche Krankenkasse 75 Mk. Privatkranken haben im Einzelzimmer 4 Mk. im Krankenhaus 3.50 Mk. bei Krankenkasse 4 Mk. zu zahlen. Für Kinder von auswärts werden 2 Mk. berechnet.

Durch den Umstand, daß der Milchpreis am Orte niedriger ist als in Leipzig, wird die meiste Milch nach dort geliefert und hier eine ständige Milchnot erzeugt. Der Rat weiß keinen andern Ausweg, als den Milchpreis am Orte auf 30 Pfg. bei Selbstabholung und 32 Pfg. frei Haus zu erhöhen. — Den wichtigsten Punkt der Tagesordnung bildete die Erweiterung des Elektrizitätswerkes. Trodem vor drei Jahren ein neuer Dieselmotor angeschafft wurde, ist das Werk am Ende seiner Leistungsfähigkeit. Gegenwärtig ist die Erzeugung von elektrischem Strom auf 400 000 Kilowattstunden gestiegen. Allein 1000 Glühlampen wurden im letzten Jahre ohne mehrere Großabnehmer angeschossen. Die Hauptfrage war, ob es zweckmäßig ist, eine weitere Dieselmotormaschine anzuschaffen, oder Strom vom Elektrizitätswerk Leipzig-Land zu entnehmen. In Verleibung der ungenutzten Metallreserve und der Schwierigkeit in der Maschinenbeschaffung wird einstimmig beschlossen, den Strom vom Kraftwerk Leipzig-Land, dessen Mitglied die Stadt schon mehrere Jahre ist, zu entnehmen. Der Vertrag wird auf fünf Jahre abgeschlossen. Die Gesamtkosten werden sich auf 80 000 Mk. belaufen. Um Kupfer frei zu bekommen, soll das Leistungsgeld von 220 Volt auf 440 Volt Spannung gebracht werden. Durch diese Umänderung müssen die noch teilweise bestehenden 110 Volt-Verbindungen umgeändert werden; die Kosten dafür übernimmt die Stadt. Beschlossen wird, den ausfallenden Dynamo und den Transformator der Firma Siemens u. Schuckert in Nürnberg zur Preisermäßigung zu überweisen, ferner einen überflüssigen Resistor zu verkaufen. — Bei der letzten Feuerungsanlage für hiesige Arbeiter wurde übersehen, den weiblichen Arbeitern ebenfalls den Tagelohn zu erhöhen. Dies wurde nachgeholt, indem künftig statt 2 Mk. 2.50 Mk. für die Dauer des Krieges gezahlt werden.

Erweiterte Sitzung des Landesvorstands der Sozialdemokratischen Partei Sachsens.

(Fortsetzung aus der 2. Beilage.)

Pinkau-Leipzig:

Charakteristisch sei die Haltung von Daase beim Zustandekommen der Friedensinterpellation. Daase habe die Ausarbeitung der Interpellation übernommen. Statt dessen habe er sich hingesezt und das „Gebot der Stunde“ geschrieben. Das sei politisch ungeschicklich, die das Vertrauen zu Daase erschüttert habe. In bezug auf die Ernährungfrage bestände kein Unterschied zwischen Mehrheit und Minderheit. In bezug auf die Steuerfrage habe die Arbeitsgemeinschaft ihren Antrag nicht veröffentlicht, wonach jedes Mitgliedkommen von Arbeitern als Kriegsdienstleistungen in Form von Steuern als Kriegsdienstbeitrag abgeführt werden sollte. Auf Veranlassung von Dr. Daase sei der Antrag dann wenigstens dahin abgeändert worden, daß gesagt werde: von 5000 Mk. an. Der neue Aufruf der Arbeitsgemeinschaft zeige, daß die Sonderorganisation eine fertige Tatsache war. Wenn über die Kandidatur der Partei gegenüber der Mehrheit in Ostpreußen von der Opposition gesprochen werde, so sei daran zu erinnern, daß die Opposition gegen unsere Kandidaten in Langenbielau einen Sonderkandidaten aufstellte, also voranzugehen ist. Die Opposition sollte sich die besten Worte anhören: Man solle vermitteln und verhandeln und nicht immer gleich verdonnern. Der Disziplinarkomitee sei erst nach der Vorwärtsbildung des Vorwärts genehmigt worden, als Mittelmittel. Die Leipziger Volkszeitung habe nach der Sonderkonferenz selbst geschrieben, das Disziplin sei zerstückelt und die Trennung vorgelegen. Und Lipinski habe gesagt, es müsse sich entscheiden, ob links oder rechts; wenn sich die Mehrheit vom Programm trenne und sich in Gegensatz zu ihm stelle, dann müßten sich die Genossen scheiden. Derselbe Lipinski sei aber nicht mit so einem Kriegsspiel in den Wahlkampf in Ostau-Struma gezogen, sondern mit dem Programm der Arbeit. Lipinski habe mit einigen andern im Parteiausschuß gegen die Landesverteilung gestimmt. Im Wahlkampf habe er sein Kriegsziel verschleiert. Wenn das die Wähler gewußt hätten, dann hätte er noch weniger Stimmen gehabt. Unter diesen Umständen dürfte das Wahlergebnis im 11. Kreis in ganz andern Maße, als Lipinski es hinstelle. Die Absichten seien von Lipinski in Leipzig ganz klar ausgesprochen worden: die Partei zu zerstückeln. Dem gegenüber hätten wir nicht die Aufgabe, zu dulden, sondern wir müßten zur Abwehr solcher Absichten handeln. Wir müßten uns der vorgelegten Resolution anschließen und danach verfahren.

Nadel:

Endermann habe bemerkt, daß sich Gewerkschaftsführer hätten im Hochborn zeigen lassen und in die Opposition getreten seien. Er (Nadel) habe aber erklärt, daß er keine Spaltung mitmachen, sondern bei der Partei bleiben werde. Er habe den Standpunkt vertreten, daß die Minderheit der Fraktion, die mit dem Beschluß der Mehrheit nicht einverstanden sei, bei der Abstimmung im Reichstage den Saal verlassen sollte. Es sei aber beachtend, daß solche Genossen als schwindende Gestalten bezeichnet würden. Wenn man sage, daß Unterordnung notwendig sei, so müsse man anerkennen, daß der Minderheit in diesem Falle absolut nichts anderes übriggeblieben sei. Auch sachlich stehe er auf einem andern Standpunkte als die Arbeitsgemeinschaft. Er verurteilte die Weitrausgabe. Aber etwas anderes sei es, ob es in einer so kritischen Zeit angebracht sei, solche mit dem Parteistatut nicht übereinstimmende Beschlüsse zu fassen, ob es angebracht sei, Genossen die Anzeigefähigkeit zur Partei zu entziehen, wie es hier beabsichtigt sei. Seine Stellung sei beibehalten worden, daß der Krieg einen andern Charakter angenommen habe. Von diesem Standpunkte könne er nicht abgehen, wie er schon. Denn erst nachdem es der Regierung nicht gelungen sei, ihre Kriegspolitik durchzuführen, habe sie sie geändert. Die Ablehnung des Friedensangebots sei die Schuld der Regierung, weil sie so lange damit gewartet habe. Der erste Absatz der Resolution sei durchaus annehmbar. Daß der Parteiausschuß nur ein beratendes Organ sei, sei ebenfalls richtig. Denn der Parteitag könne ja nicht stattfinden. Da der Parteivorstand sich den Beschluß des Parteiausschusses zu eigen gemacht und damit selbst Beschluß gefaßt habe, könne nur der Parteitag Rechenschaft verlangen. Zunächst müsse man also damit als Tatsache rechnen. Gegen andre Teile der Resolution müsse er sich aber wenden. Es handle sich um Handlungen, die aus Ansehen gelassen seien. Seine Ueberzeugung gehe dahin, daß wir versuchen sollten, die Einheit der Partei unter allen Umständen zu wahren. An sich habe er gegen den zweiten Absatz der Resolution absolut nichts einzuwenden, da man sich in einer demokratischen Partei unterordnen müsse. Aber unter den herrschenden Verhältnissen halte er es nicht für angebracht, diesen Absatz anzunehmen.

Roste:

Gerade was man unter normalen Verhältnissen hingenommen hätte, könne, verbiere sich unter den Zeitverhältnissen. Wir müßten mit besonderem Nachdruck darauf halten, daß die Einheit der Partei nicht zerstückelt werde. Es gebe noch eine Reihe Doktrinen in der Partei, die glauben, daß es möglich sei, durch eine Revolution gewisse Verhältnisse zu ändern. Sie hätten die Gesetze der Entwicklung nicht erkannt. Lipinski habe in einer kürzlichen Sitzung gesagt, wir müßten die Not der Massen heilern. (Widerpruch.) Er habe es gesagt, denn er (Roste) habe es sich sofort angeeignet, um dagegen zu sprechen. Unser Bestreben müsse aber darauf gerichtet sein, der Arbeiterklasse zu helfen, schrittweise zu helfen. Deshalb hätten wir uns auch angelegen sein lassen, die Gewerkschaften zu stärken, um die

Ekkehard.

87] Historischer Roman von Joseph Victor von Scheffel.
Fünfundsechzigtes Kapitel.
Hadumoth.

Die Nacht ging zu Ende. Lang und bang war sie für die gewesenen, denen der Walfahrt Gut anvertraut worden. Unheimlich Grauen lag über Erde und Menschen. Der Herr sei ihrer Seele gnädig! so tönte leiser Ruf des Wächters durch die Stille des Gefildes. Und erlöste sie von des Fegefeuers Pein, Amen! antwortete es vom Waldbesäum, wo die Gefährten um's Wächterfeuer kauerten. Schwere Schatten der Nacht bedeckten die Erdschlagene, als wolle der Himmel mitleidig verhüllen, was der Menschen Hände da unten geschaffelt. Dann jagten die Wolken von bannen, als wären sie selber von Grauen getrieben über den Anblick unter ihnen — andre folgten, auch sie zogen fort, Gestalt und Formen wechselnd, verkleidend, in neue Übergehend. . . Alles ist unklar, nur im Tod ewige eiserne Ruhe. Die auf dem Walfeld lagen still, Freund und Feind, wie das Wogen des Strelchs sie gebettet.

Eine Gestalt sah der Wächter über die Walfahrt huschen, wie die eines Kindes. Sie beugte sich nieder und ging weiter und beugte sich abermals und wandelte auf und ab, aber es graute ihm, sie anzurufen. Er stand wie gebannt. Es' ward der Engel sein, der die Stirn der Toten zeichnet mit dem Buchstaben, auf daß man sie erkenne, wann der Geist bereinst ihr Geben anbläst, daß sie wieder leben und auf den Füssen stehen und ein Heer sind wie ehebem; so dachte er nach dem Bild des Propheten, bekreuzte sich und schwieb. Die Gestalt verschwand aus seinen Augen.

Der Morgen graute, da kamen viel Männer vom Heerbanne, die Mönche abzuholen. Die Herzogin sandte sie Herr Simon Barbo war zwar nicht einverstanden. Sie ist nur halber Sieg, so er nicht demütigt wird; wir müssen den Fliehenden nachrücken, bis der Letzte von ihnen getötet ist, hatte er gesagt. Aber die Mönche drangen auf Mitleid, der Dierstage wegen, und die andern sprachen: Was wir die mit ihren schnellen Rossen einholen, mögen wir weit ziehen, sie sind gekommen, wir haben sie gehauen, kommen sie wieder, sind neue Heide vorrätig — die Arbeit von gestern ist ihrer Ruhe wert. Da ward beschloffen, die Toten zu begraben vor Anbruch des Osterfestes.

Die Männer trugen Karst und Spaten und schaufelten zwei große Gräber. Es war eine verlassene Kiesgrube seitwärts im Feld, die weiteten sie aus zu geräumigem Ansehens. Dorthin trugen sie der Hunnen Erlösname. Waffen und Nahrung wurden abgetan und gesammelt, viel Traglasten vor Reutestücken. Und sie warfen die Toten in die Grube, sonder Rücksicht, wie sie gebracht wurden — es war ein wild verschlungener Anäuel von Gliedmaßen, Haß und Menschen durcheinander verstrickt, ein Gewühl wie beim Höllesturz der abtrünnigen Engel. Die Tiefe stülte sich. Einer der Schaufelnden kam und brachte ein einzelnes Haupt; grimmig schaute es drein, mit zerplatzter Stirn. Es wird auch zu den Heiden gehören und mag seinen Rumpfsuchen! rief er und schleuderte es zu den Feinden.

Wie das ganze Feld abgeleert und kein hunnischer Mann mehr zu finden war, scharrten sie die Grube zu; es war ein Begräbnis ohne Sang und Klang — nur eilige Hülfe wütheten als Nachruf hinab und haben und Mauthögel krächzten heiser drein; die in den Felsspalten des hohen Krähens nisteten, waren herübergefliegen, und die im Tannwald horsteten; auch Moengals Gabicht war dabei, sie wollten Einsprüche erheben, daß die Begräbnis sie verflücht. Dampf brühten die Erdschollen und Rieselsteine in das weite Grab. Dann kam der Diakon von Singen mit dem Kessel geweihten Wassers, den Geweihten schritt er auf und nieder und besprengte ihn zur Vertreibung der Dämonen und Niederhaltung der fremden Toten in der fremden Erde.

Ein verwitweter Felsstück war von Zeiten vom Hohentwiel Berg abgeleert zu Tal gekürzt, das wälzten sie aufs Sonnengrab, dann wandten sie sich schauernd von der Stätte und richteten das zweite Grab. Das sollte die geliebten Söhne des Landes empfangen. Für die Erschlagenen geistlichen Standes war die Klosterkirche auf Meichenau zum Ansehens bestimmt.

Zur selben Stunde, in der gestrigen Tags der Kampf begonnen, stieg ein düsterer Zug vom hohen Tuiel herüber. Es waren die Männer, die die Schlacht gesehnen. In derselben Ordnung rückten sie an, aber ihr Schritt war langsam und ihr Banner trauerfarben. Auf den Bann der Burg war die schwarze Fahne aufgezoget. Auch die Herzogin ritt mit dem Heer, streng und ernst kleidete sie der dunkle Mantel. Die toten Mönche trugen sie auf Wahren heran und stellten sie zu Seiten des großen Grabes ab, auf daß auch sie teil nähmen an der letzten Ehre der Kampfgewinn. Wie die Pläne verflungen, trat der Abt Wozmann aus offene Grab, er rief den sechsundneunzig, die blaß und still drin geschlachtet lagen, den letzten Gruß und Dank der Überlebenden hinab. Ihr Gedächtnis sei gesegnet und ihr Geben grüne an seinem Ort! Ihr Name bleibe in Ewigkeit und die Ehre der heiligen Männer komme auf ihre Kinder! so sprach er mit den Worten des Predigers, dann tal er den ersten Erdbwurf hinunter, die Herzogin nach ihm, dann die andern der Reihe nach. Drauf feierliche Stille. Vom Grab der Brüder hinweg wollten die, so gestern vereint getritten, auseinander gehen; manch hartes Knirschen ward gerührt, Fuß und Handschlag gewachset, dann zogen zuerst die von der reichen An nach ihrem Kloster. Die Wahren ihrer Toten wurden mit ihnen getragen, Brüder mit brennenden Kerzen schritten pflichtgemäß zur Seite, auch des Alten aus der Seidenhöhle kampfmüden Leinwand führten sie mit sich, gesenkten Hauptes ging das Strelchroß des ungelamten Kriegsmannes, mit schwarzen Tuch umhangen, im Zug — es war ein düsterer Anblick, wie das Totengeleite mächtig ins Waldbesäum einbog.

Dann nahmen die vom Heerbanne Abziehenden von der Herzogin. Der hürte Fröhling, den Arm in der Binde, führte eine Schär landabwärts, nur der von Mandegg mit eilichen Leuten sollte als Besatzung des hohen Tuiel zurückbleiben.

Vonent schaute Frau Hadwig den Abziehenden nach. Dann ritt sie langsam übers Schlachtfeld. Sie war gestern auf dem Turm der Burg gestanden und gespanntes Auges dem Tode des Kampfes gesehnt. Jetzt mußte ihr Herr Spazzo noch vieles erklären. Dem kam auf eilige Liebertreibungen nicht an, aber sie war's zufrieden. Mit Ekkehard sprach sie nicht.

Wie auch sie heimgeritten, war's wieder still und öde auf dem Plan, als wär nichts geschehen. Nur hufschalliges Grab, feucht rüthliche Erde und die zwei großen Gräber gaben Zeugnis von der Ernte, die der Tod hier gehalten. Hat nicht lange gedauert, so ist das Blut aufgetrocknet und das Gras neu gewachsen, über die Hügel der Toten hat sich Moos gesponnen und Getrüpp, Bügel und Wind haben Samenforten hingetragen und Busch und Bäume sind lüppig aufgesprüht — wo Tote liegen, gedeiht der Pflanzen Wuchs. — Aber unverwundt lebt die Kunde von der Sonnenblacht in den nachgeborenen Geschlechtern, den „Heidenbud“ heißt der Mann im Beginn den Hügel, den der Feldblock als Grabplatte deckt, und in der Nacht vom Karfreitag geht keiner dort durchs Tal. Da gehört Erde und Luft den Toten; sie steigen aus dem alten Grab, hier schwärmen die kleinen Mofse wieder, dort rücken im Keil die Streiter zu Fuß an und der Harnisch blüht unter verwitweter Mönchsgewand, Waffenengel und wilder Kampfruf weht durch den Sturm, tosend schwingt sich die Geistesblacht durch die Lüfte; da kommt plötzlich von der Insel im See einer drein gerast im güldenen Harnisch auf

schwarzem Ross, der jagt sie hinunter in stille Ruhe — noch will sie der Sunnenführer gegen ihn wehren und schwingt zitternd sein trummtes Schwert, da fährt ihm der Strelchammer aufs Haupt, auch er muß hinab . . . und aller ist still wie zuvor, nur der Birke junges Laub' atmet im Winde . . .

Osterfonntag ging trüb und ernst vorbei. Des Abends sah Frau Hadwig im Saal mit Ekkehard, Herrn Spazzo, dem Kämmerer und dem von Mandegg. Es ist zu denken, was sie sprachen. Die große Geschichte der letzten Tage klang in aller Neben wider gleich dem Schall am Lurleifellen; hat er an der einen Wand ausgehakt, so hebt sich ein dumpfes Rollen an der benachbarten, und in seiner Schlucht wiederholt sich und will nirgend ein Ende nehmen.

Der Abt von der Meichenau hatte einen Voten geschickt, zu vermelden, wie sie das Kloster in mäßiger Verwüstung, doch vom Feuer ungerührt angetroffen, mit geweihtem Wasser und Umtragung der heiligen Gebilde die hunnischen Spuren ausräumte, die Besetzung ihrer Toten abgeleitet.

Und der zurückgebliebene Bruder? fragte die Herzogin.

An dem hat Gott der Herr erwiesen, daß seine Allmacht inmitten von Krieg und Feindeschwert auch einfältiger Gemüter nicht vergißt. An der Schwelle stand er bei unsrer Müdkunst, als wär ihm nichts begegnet. Wie haben die die Sunnen gefallen? rief ihm einer zu. Da sprach er mit dem wohlbekannten Vächeln: Sie, sehr gut haben sie mir gefallen. Niemals hab ich veragelter Leute gesehen, und Speise und Trank messen sie ganz menschenfreundlich zu — der Vater Kellermeister hat zeitweilig meinen Durst Durst sein lassen, die geben wir Wein die Mülle und Fülle — und wenn sie mit dem Wein wieder gutgemacht — und das ist keiner von euch. Nur die Disziplin fehlt ihnen, und sich still verhalten in der Kirche haben sie auch nicht ganz gelernt . . . Er wisse noch manches zum Preis der fremden Gäste, hat Verbal weiter gesprochen, aber nur im Reichthum werd' er's offenbaren . . .

Frau Hadwig war noch nicht zur Deiterkeit gestimmt. Gnädig rief sie den Voten. Sie gab ihm das geringste Panzerhemd und den Schild des erschlagenen Sunnenführers mit, auf daß es in der Klosterkirche ausgehängt werde als ewiges Wahrzeichen. Das Schiedsrichteramt bei Verteilung der Beute war ihr zugewiesen.

Herr Spazzo, dessen Junge seither nicht müßig war, seine Kriegsklauen zu rühmen — und die Raub der von ihm Erschlagenen wuchs mit jeder neuen Erzählung gleich einer Lavine — sprach wüthig: Ich habe auch noch ein Beutestück einzuliefern, es ist meiner mächtigen Herrin bestimmt.

Er schritt hinab zu den unteren Kammern, dort lag Cappan, sein Gefangener, auf dem Stroh; seine Wunde war verbunden und nicht gefährlich. Steh auf, Sohn des Teufels! rief Herr Spazzo und gab ihm einen unfausten Stoß. Der Sunne erhob sich und schüttelte ein zweifelhafte Gesicht, er schobte seine Lebensdauer auf keine allzulange Zeit mehr; an einem Kränkelethod hinkte er durch die Stube Vorwärts! deutete ihm Herr Spazzo, und schrie ihn hinauf. Er marschierte in den Saal ein. Hall rief Herr Spazzo. Da stand der Unglückliche still und ließ verwindert seine Augen umhauen halten.

Teilnehmend desah Frau Hadwig das fremde Menschenkind. Auch Proxedis war herbeigekommen. Schön ist Euer Reutestück nicht, hatte sie zu Herrn Spazzo gesagt, aber merkwürdig. Die Herzogin faltete ihre Hände. — und vor dieser Nation' hat das deutsche Land gezittert! sprach sie.

Die Menge schuf den Stroh und ihr Zusammenhalten, sagte der von Mandegg, sie werden nimmer wiederkommen.

Sid ihr des so gewiß? fragte sie spähig. Der Sunne verstand nicht viel vom Geprücht. Sein wunder Juch schmerzte, er wagte nicht, sich niederzulassen. Proxedis sprach ihn griechisch an, er schwelge sich und schüttelte sein Haupt. Sie begann durch Reiden und Winkeln ein Verständnis anzudeuten — er ließ sich nicht darauf ein. Erlaubet, sprach sie zur Herzogin, ich weiß doch ein Mittel, ihm ein Lebenszeichen abzugewinnen, in Konstantinopel hab ich davon erzählen gehört. Sie huschte aus dem Saal und erschien wieder, einen Becher tragend, spöttlich krebente sie den drei stummen Gefangenen.

Es war ein stark Wasser, gebraunt aus Kirichen und Steinobst; der selige Burgkaplan Vincentius hatte manch solches Eijenzlein bereitet. Da verklärte sich des Sunnen Anblick, die stumpfe Nase sah den Zug ein, er leerte den Becher, als ob er's für einen Friedenstrunk ansähe; die Arme über die Brust gekrenzt, warf er sich vor Proxedis nieder und küßte ihren Schuh.

Sie gab ihm ein Zeichen, daß die Publigung der Herzogin geschehen; da wollte er auch dort seinen Dank wiederholen, Frau Hadwig aber wußte zurück und winkte dem Kämmerer, daß er seinen Mann abführe.

Ihr habt närrische Einfälle, sprach sie zu Herrn Spazzo, wie er zurückkehrte, — doch wars artig, daß Ihr in währendem Streite meiner gedachtet.

Ekkehard sah währenddem stumm am Fenster und schaute ins Land hinaus. Herr Spazzo's Art verdroß ihn. Auch Proxedis hatte ihm wach getan. Und zu demütigen, dachte er, hat der Herr die Kinder der Wüste herübergeleitet, — eine Wohnung zu lernen und in sich zu geben und auf den Trümmern des Verganglichen dem sich zugewenden, was mit dem Hauch des Ewigigen gefest ist; — noch liegt die Erde frisch auf dem Grab der Gefallenen, und schon treibt das Wälkein wieder seine Spähle, als wär alles nur Scham und Traum gewesen . . .

(Fortsetzung folgt.)

Wie eine Granate entsteht.

ik. Die Granate, deren Name von dem lateinischen Worte granum für Angel abgeleitet ist, war ursprünglich ein den alten Steinmetzen nachgeformtes Hohlgeschloß, das mit einer Sprengladung gefüllt war, von der eine Lunte durch ein Zündloch nach außen führte. Diese wurde angesteckt und dann die Granate mit der Hand oder mittels einer Schleuder in die feindlichen Reihen geworfen. Um die Dürchweite zu vergrößern, sowie zum Werfen schwerer Granaten, nahm man schon frühzeitig maschinelle Einrichtungen zu Hilfe und, sobald die Geschosse ausflamen, selbstverständlich auch diese. Aus der Handgranate wurde somit die Geschloßgranate, die sich entsprechend den Fortschritten im Bau der Geschloßgranate, die sich entsprechend mit der Zeit ihre Kugelform verlor und zu dem heute allein noch benutzten Panzergeschloß wurde, das den damit zu erzielenden Zwecken angepaßt und in den verschiedensten Ausführungen und Größen angefertigt wird.

Die Herstellung der Granaten erfolgte früher fast ausschließlich in handlichen und nur ausnahmsweise in privaten Geschloßwerkstätten. In dem jetzigen Weltkriege, in dem alle industriellen Werkstätten zu Kriegswerkstätten wurden, werden diese fast sämtlich bis zur kleinsten Schloßerei und Dreherei zur Geschloßherstellung mit herangezogen. Hunderttausende, ja Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen sind ununterbrochen Tag und Nacht tätig, um bei der Ausfertigung der in bisher nie gekanntem Mengen von den Geschloßherstellenden Granaten Geschosse mitzubereiten. Alle arbeitsfähigen Männer, die nicht im Heere eingesetzt sind oder eine der Kriegslage angepaßte zum Allgemeinwohl unbedingt erforderliche Tätigkeit ausüben, werden durch das neue Hilfsdienstgesetz gezwungen, ihre Kräfte

ebenfalls in den Dienst des Vaterlands zu stellen. Manche von ihnen werden dabei dem großen Heer der Geschloßarbeiter eingereiht werden. Es ist deshalb für sie und auch für viele andre wünschenswert, zu wissen, wie eine Granate, das Hauptgeschloß unserer schweren Geschloße, entsteht.

Die Hauptteile der Granate sind: der Geschloßmantel mit dem Füllungsring, der Sprengladung und dem Geschloßhülender, sowie ein als Kartusche bezeichnete dünnwandiger Metallhülender mit der Schußladung und dem Schußhülender. Der Geschloßmantel bildet ein Rohr, das an seinem oberen Ende in eine Spitze ausläuft, unten durch einen festen oder eingeschräubten Boden verschlossen ist. Er wird aus Stahl gepossen oder gepreßt. Das Gießen erfolgt nach bekannter Weise in Sandformen, bei kleinen Stücken in Gusskästen, bei größeren in Gussarben. Das Pressen der Mäntel geschieht auf diesen Stahlkugeln, die in Gusskästen auf Reiharbeit erhebt und dann in mit mehreren hundert Atmosphären Druck arbeitenden Schmiedepressen gebracht werden. Hier sieht ein scharfer Stahlborn von vorne her in die weiche Masse ein und kühlt den Innenraum aus, während gleichzeitig von den Seiten kräftige Presshaken angreifen und dem Arbeitstück die verlangte äußere Form erteilen. Darauf folgt eine Säge an und trennt den bearbeiteten Teil mit scharfem Schnitt ab. Auf einen Gehölz des Maschinenbau führt die Presse den so weit fertigen Geschloßkörper aus, um seine Kraft sofort an einem andern zu versuchen, die Stahlkugel dagegen moniert in den Gusskästen zurück.

Die gepossenen und stempelweise auch die gepreßten Geschloßmäntel kommen in Isomometen-Temperröhen, in denen sie, in ihrem Kohlenpulver einbettet, auf eine bestimmte Wärme gebracht, auf diese längere Zeit gleichmäßig gehalten und dann ganz langsam wieder abgekühlt werden. Aus dem Gusskasten gelangen die Mäntel in die Dreherei. Hier werden sie, soweit dies erforderlich ist, außen und innen abgedreht, es wird eine rundum laufende verteilte Mühle für den Füllungsring einbedreht, die Oefnungen für die Füllungsringe sowie etwa erforderliche Gas- und Mauthlöcher werden eingehöhrt und die Gewinde für die Kartusche, und Einschraubhaken der Mäntel, Boden- und seitlichen Oefnungen und Kanäle einerschmitten.

Bevor die Geschloßkörper in die Dreherei kommen, besonders aber beim Verlassen dieser, werden sie einer genaueren Prüfung auf ihre Tauglichkeit unterworfen. In erster Linie müssen die vorgeschriebenen Maße stimmen, wobei es vielfach auf eine Genauigkeit bis zu Hundertsteln von Millimetern ankommt. Sodann ist die gleichmäßige Verteilung der Masse um die Mittelachse des Geschloßes von großer Bedeutung, da sie die Treffsicherheit in den weitesten Grenzen beeinflußt. Ferner werden die großen Geschloßmäntel, wenn auch nicht alle, so doch stückweise, einer Wasserdruckprobe unterworfen, wobei der Druck entsprechend der Stärke der Geschloß- und Schießladungen bis auf 100 Atmosphären und mehr steigt.

Nach den Granaten für die schweren Schiffs- und Befestigungsgeschloße wird die Lunte notwendig einem besonderen Härteverfahren unterworfen, um sie gegen das Einweichen, Verformen oder Abbrechen beim Kratzen auf die harten Panzerplatten der feindlichen Werke zu sichern, oder sie erhalten eine Schutzkappe aus Nickel, Chrom-, Wolfram- oder Molybdänstahl, die äußerst zäh und widerstandsfähig ist.

Jedes Geschloß erhält einen Füllungsring aus Kupfer, der gewöhnlich in einem zugsicheren Einschloß mit gerahmten Flächen um den Mantel gelegt und stehend aufgezogen wird. Der gegen die äußere Mantelfläche vorschende Teil des Füllungsringes preßt sich beim Abschneiden in die Rille der inneren Geschloßwand ein und bewirkt dadurch das Geschloß eine kreisförmige Bewegung anzunehmen, wodurch die Anheftung der Richtleitung gesichert wird.

Ist das Geschloß so weit fertiggestellt, so folgt das Einfüllen der Sprengladung, die aus besonders kräftigem Sprengstoff mit großer Entflammungsgeschwindigkeit besteht, und darauf das Einsetzen des Bodenverchlusses. Der Hülender wird notwendig erst kurz vor der Verwendung des Geschloßes eingesetzt. Er ist sehr verwicklungsartig eingerichtet. Man unterscheidet in erster Reihe Spitzen- und Boden- hülender, Aufschloß-, Brenn- und Reitzhülender, sowie Verbindungen der genannten Arten in wechselnder Ausführung.

Der so entstandene Geschloßteil bildet die eigentliche Granate, deren füllungsreiche Wirkungen vor allem an den Schloßwerkzeugen in Belgien, Frankreich und Rußland noch in aller Gedächtnis sind und diese noch täglich bei der Zerkörung und Einbrechung der feindlichen Festbefestigungen an allen Kammlinien betätigen. Um aber diese Wirkung ausüben zu können, müssen sie erst dem Orte ihrer Tätigkeit angeschleudert werden. Dies geschieht mittels der Schußladung, die der Kanonier als Kartusche bezeichnet.

Die aus Messing, Muntinbronz oder einer sonstigen Metallmischung bestehende Mantelhülse der Kartusche wird aus einem Stück Blech gepreßt oder gewalzt und dabei gewöhnlich in einem einseitigen Arbeitssange fertigungsfertig. Sie nimmt die Schußladung auf, deren Stärke und Zusammenfügung von der Art, Größe und dem Gewicht des Geschloßes abhängt. In einer hülshenartigen Verklebung des rundum etwas vorspringenden Bodens der Hülse läßt der Schußhülender, der durch einen beim Schießen voranschreitenden Schloßboden des Hülenderverchlusses entzündet wird. Die Verbindung zwischen dem Geschloß und der Kartusche an einer gebrauchsfähigen Geschloßpatrone erfolgt in gleicher Weise wie bei den Gewehrpatronen, indem man das Blech abgedrehte untere Ende des Geschloßes in den oberen Teil der Hülse bis auf die Schußladung einschleibt. Dies geschieht bei kleinen Granaten in der Muntionswerkstatt, bei größeren erst kurz vor oder beim Einbringen in das Geschloß.

Der hier geschilderte Verbeugung einer Granate verläuft allerdings nicht immer vollständig gleichartig, sondern setzt stellenweise Abweichungen. Diese werden durch die Größe und den Zweck des Geschloßes, die Art der verwendeten Rohstoffe, die Einrichtungen und die Arbeitsverfahren der Werkstätten und sonstige örtliche Verhältnisse bedingt, üben aber auf die Güte und Beschaffenheit des Endergebnisses keinen wesentlichen Einfluß aus.

Kleine Chronik.

Neues Theater. Geschlossen. — Altes Theater. Geschlossen. — Neues Operetten-Theater. Geschlossen.

Leipziger Schauspielhaus. Freitag, 7 Uhr: Als ich noch im Hünemelde. Sonnabend, 4,4 Uhr: Klein Täumling, 7 Uhr: Rosmerzhelm. Sonntag, 1/2 Uhr: Perlen (Einheitspreise), 1/2 Uhr: Deutscher Abend.

Mit Rücksicht auf die frühe Vollzeitsunde beginnen die Wochentagsvorstellungen von morgen, Freitag, an um 7 Uhr, die Sonntagsvorstellungen 1/2 Uhr.

Albert Wassermann's schon angekündigtes Gastspiel beginnt am Sonnabend, 24. Februar. Näheres wird morgen bekannt gegeben.

Bathenbergtheater. Abends: Jungfer Königin.

Der amerikanische Astronom Percival Lowell ist im Alter von 61 Jahren gestorben. Außer fachwissenschaftlichen Schriften hat Lowell, der lange Zeit in Japan gelebt hat, ein viel beachtetes Buch über die Seele des fernen Ostens veröffentlicht, das Percival's Schilderungen japanischen Lebens ergänzt.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhause.

57. Sitzung, Mittwoch, den 14. Februar, vormittags 11 Uhr.

Zunächst wird entsprechend dem gestrigen Vorschlag des Präsidenten das älteste Mitglied des Hauses, Abg. Freiherr v. Zedlitz, zum Ersatzpräsidenten gewählt.

Die zweite Lesung des Etats wird hierauf fortgesetzt im Etat des Ministeriums des Innern.

Der Ausschuss beantragt, die Petition des Reichsverbands der deutschen Presse um Beschränkung der Zensur von politischen Meinungsäußerungen und Nachrichten der Staatsregierung als Material zu überweisen.

Ein Antrag aller Parteien will bei den Ausgaben für Ermittlung von Verbrechern, Beförderung von Gefangenen mit Sammelbüchern usw. 100 000 M. absetzen, bei der Jugendfürsorge 100 000 M. zulegen.

Abg. Ling (Zent.): Trotz vermindertem Personal hat das Ministerium eine Fülle schwieriger und verantwortungsvoller Aufgaben erfüllt; Anerkennung verdienen auch die Kommunalbeamten für die Ausführung der Verordnungen. Wir begrüßen die Aufhebung des Ministeriums an die Landwirte, mit den Kriegswirtschaften einträchtig zusammenzuarbeiten.

Abg. Dr. Rohmann (Nat.): Die zuerst ergriffenen Maßnahmen zur Beschränkung des Nachtverkehrs in Berlin haben sich als unzulänglich erwiesen. Die Fürsorgeziehung sollte da, wo sie nötig ist, schon möglichst frühzeitig einsetzen. Bei der Anstellung von Beamten darf ein Hemmnis aus der Treue zum Religionsbekenntnis nicht entstehen; wer aber ein Staatsamt erhält, hat die Pflicht, ohne Nebenabsichten dem Staate zu dienen. (Sehr richtig! bei den Nat.) Wir wünschen möglichst bald nach dem Kriege eine Wahlreform.

Abg. v. d. Osten (Konf.): Wir müssen jetzt alles Trennende beseitigen. (Abg. Ad. Hoffmann [Soz. Arb.]: Fideikommiss!) Die Tätigkeit der Kriegswirtschaften sollte stark gesteigert werden, dem die Preistreiber und die Volkswirtschaft in den Städten schreien zum Himmel. (Sehr wahr!) Aus Theatern und Alleen sollte alles Unwürdige verschwinden, aber hier muß mit allem Ernst und vorzüglich vorgegangen werden. Der Krieg hat unsere Vorkriegsarbeit vor ganz neue Aufgaben gestellt und trotz aller Mühseligkeiten im einzelnen muß im ganzen dem preussischen Beamtenstand für die Bewältigung der gewaltigen Kriegsaufgaben der Dank des Landes ausgesprochen werden. (Beifall.) Ein preussisches Landesbehördenamt halten wir nicht für notwendig. Wir in Preußen haben alle Funktionen, die ein solches Amt haben müßte, in wunderbarer Harmonie vereinigt im Landwirtschaftsministerium und im Ministerium des Innern. (Zustimmung rechts.) Wir wünschen eine Novelle zum Fürsorgeziehungsgesetz, durch die auch Kinder der jüngsten Altersklassen, soweit sie einer Vernachlässigung ausgesetzt sind, in den Kreis des Gesetzes mit einbezogen werden. Paritätische Berücksichtigung aller Bekenntnisse halten wir für selbstverständlich.

Nun zur Wahlrechtsfrage.

Wir haben niemals einen Zweifel darüber gelassen, daß auch wir gewisse Mängel in unserm Wahlrecht anerkennen. Wir haben allerdings im Gegensatz zu anderen Parteien uns auch für verpflichtet gehalten, auf die hohen Vorzüge des preussischen Wahlrechts immer wieder hinzuweisen. (Sehr richtig! rechts. Unruhe links.) Wir leben gegenwärtig politisch in einer Situation des allgemeinen Aufschwungs und gemeinsamen Wahlrechts. (Sehr richtig! rechts.) Ein solches Wahlrecht wird aber unserm Volke für die Zukunft nicht zum Nutzen gereichen. (Sehr wahr! rechts. Unruhe links.) Wir halten es für wünschenswert, unser Wahlrecht in der Richtung zu ändern, daß der Mittelstand, gewisse Kreise der Intelligenz und des Groß- und Kleingewerbes mehr als bisher an den Verhandlungen des Landtags teilnehmen können. Wir meinen, daß der Grundgedanke des Wahlrechts nach Leistung in dem neuen Wahlrechtsgesetz eine eingehende Betrachtung finden muß. (Sehr richtig! rechts. Unruhe links.) Wir glauben aber nicht, daß die mechanische Staatsaufstellung, aus der heraus die Anhänger des gleichen Wahlrechts die Einführung dieses Wahlrechts auch in Preußen verlangen, richtig ist. Wir sind im Gegenteil der Meinung, daß alle Zeichen der Zeit auf den Zusammenbruch dieser Auffassung hindeuten. (Lebhafter Zustimmung rechts. Große Unruhe links.) Wir haben die Pflicht, eine Entwicklung in unserm Sinne zu glauben, und wir lassen uns durch das Schlagwort vom allgemeinen Wahlrecht nicht täuschen. (Sehr wahr! rechts. — Abg. Ad. Hoffmann [Soz. Arb.]: Hört, hört! in den Schlingengräben!) Herr Hoffmann scheint zu meinen, daß nach dem Kriege unsern Soldaten gewissermaßen als Belohnung, als Geschenk das allgemeine geheime gleiche und direkte Wahlrecht gegeben werden müßte. (Abg. Ad. Hoffmann: Geheime? Verdammte Pflicht und Schuldigkeit!) Wir lehnen eine derartige Auffassung im Namen unseres Volkes ab. (Beifall rechts.) Deutschlands Krieger sind ins Feld gezogen zur Wahrung von Deutschlands Ehre und zum Kampf für Deutschlands Leben. Sie wissen alle genau, daß jetzt nicht das allgemeine Wahlrecht zur Entscheidung steht, sondern die Frage, ob Deutschland den englischen Imperialisten gegenüber fernerhin am Leben bleiben soll oder nicht. Sie wissen auch ganz genau, daß ein Friede, der dem deutschen zukünftigen Leben nicht gerecht wird, bei dem vielleicht jeder seine Pflichten selber trägt und unter dieser Last zusammenbricht (lebhafter Zustimmung rechts.) Deutschlands zukünftiges Leben nicht sichert. (Erneute Zustimmung rechts.) Wir müssen aber auch ein Wort an die Regierung richten. Sie muß sich besser bewußt sein, was ein Volk um der nationalen Ehre willen so Großes leistet, von ihr verlangen kann. Das deutsche Volk ist in diesem Punkte sehr klug, und wehe dem Staatsmann, der dem hochgepannten Begriff von preussischer und deutscher Ehre in der gegenwärtigen Zeit nicht voll gerecht wird. (Beifall rechts.) Vertrauen kann nicht verlangt, es kann nur erworben werden. Wer den innersten Impulsen unseres Volkes in dieser großen und heiligen Zeit folgt, dem wird das Volk vertrauen und dieser Staatsmann wird damit Deutschlands Zukunft sichern. (Lebhafter Beifall rechts.)

Minister des Innern v. Voebell:

Unsere Arbeit im abgelassenen Jahr war Kriegsarbeit, sie wird weiterarbeiten bleiben. Das öffentliche Vergnügungswesen hat auch unter dem Kriegszustand gestanden. Ueberall haben wir versucht, den Verhältnissen der beteiligten Erwerbsstände Rechnung zu tragen. Wir haben aber auch der Erhaltung und Bewahrung der öffentlichen Stimmung Aufmerksamkeit geschenkt. Beim Theater- und Kinowesen hat die Polizei den augenblicklichen ersten Zeitpunkten Rechnung zu tragen und für die Erfordernisse der öffentlichen Ordnung einzutreten. Aber eine erzieherische Aufgabe zu lösen und insbesondere auf die Gesinnungsrichtung in der Bevölkerung erzieherisch einzuwirken, hat sie nicht. Die Bundesratsverordnungen zugunsten des Hausbesitzes müssen unbedingt auch nach dem Kriege aufrechterhalten werden. Die Gewährung der Mietszuschüsse haben die Gemeinden im allgemeinen abhängig gemacht von einem Mietszuschuß durch die Hausbesitzer. Eine solche Bedingung zu verbieten, würde ein erheblicher Eingriff in die Selbstverwaltung sein. Die Besetzung der Gemeinden durch die Mietszuschüsse ist ganz außerordentlich hoch. Es wird aber doch bei der langen Dauer des Krieges, und der fortgesetzten Verschlechterung der Lage des Hausbesitzes vielleicht an der Zeit sein, den Gemeinden

nahezulegen, von den Mietszuschüssen Abstand zu nehmen. Auf Einzelheiten der inneren Politik einzugehen, scheint mir der gegenwärtige Augenblick nicht geeignet. In der Wahlrechtsfrage sind wir einig, daß sie während des Krieges nicht kommt. Nach dem Kriege wird sie kommen! (Zuruf bei den Soz.: Wie?) Die Vorarbeiten haben seit 1908 nie geruht, sie sind soweit wie möglich gefördert worden. — Die Voraussetzung für den Ausbau und Neubau unseres inneren Hauses ist, daß wir zunächst den Krieg gewinnen. Das Wort „Neuorientierung“, als halbes Fremdwort kein schöner Ausdruck, entspricht der Wahrheit, daß ein Erlebnis wie dieser Weltkrieg, der so tief einschneidet in alle privaten und öffentlichen Verhältnisse, auch unsern inneren nationalen Leben neue Bedingungen vorschreibt. Nach dem Kriege werden wir zunächst genau zu tun haben mit dem Wiederaufbau des Staates. Es wird nicht die Aufgabe der Regierung sein, dann eine Fülle neuer Gesetze über das Land zu erlassen. Wir haben in Preußen gute und freiwirtschaftliche Gesetze. Preußen ist nie im Stillstand geblieben, sondern stets fortgeschritten. Die Willie und Kraft, zu den Preußen gekommen ist, beweist, welche gute Arbeit in Preußen geleistet worden ist. (Zuruf rechts.) Ich vermittele bei den Erörterungen über unsere innere Politik vielfach den Dank dafür, daß die preussischen Staatsverrichtungen uns in der Vergangenheit zu so prächtigen Leistungen befähigt haben. Vor allem hat sich das monarchische Regiment als unveräußerlicher Besitz erwiesen, den wir uns ungeschmälert erhalten müssen. Die Wohlfahrt von Staat und Volk können nirgends besser gedeihen, als unter dem Schutz des durch seine verfassungsmäßigen Rechte mächtigen Königs. (Zuruf rechts.) Zunächst gilt es jetzt, alle Kräfte für den Endsieg einzusetzen.

Abg. Freiherr von Zedlitz (Freikon.):

Diese Etatberatung darf nicht vorübergehen, ohne daß wir gegen Bestrebungen Stellung nehmen, die die Einmütigkeit des deutschen Volkes zu fördern geeignet sind, das sind die Bestrebungen, die im Reiche ein parlamentarisches System schaffen und den Bundesrat in seiner jetzigen Gestalt beseitigen wollen. — Eine Neuordnung des Wahlrechts während des Krieges ist nicht möglich. Sie muß aber unmittelbar nach Kriegsende erfolgen. Das gleiche Wahlrecht ist für Preußen ungeeignet. (Widerspruch links.) Die großen Nachfragen werden im Reiche entschieden, da mag das gleiche Wahlrecht am Platze sein. Preußen mit seinen Kulturaufgaben braucht ein abgestuftes Wahlrecht nach dem wirklichen Gewicht der einzelnen Stimmen (Hört, hört! bei den Soz.) Wie man die Abstufung macht, hängt wesentlich davon ab, welche Parteien positiv an der Neuordnung des Wahlrechts mitarbeiten werden. Beilegt sich die konservative Partei an dieser Arbeit, dann wird es uns noch leichter sein, die nötige Rücksicht auf die gesellschaftliche Eigenart des preussischen Staates zu nehmen. (Beifall bei den Freikonservativen.) Die weitere Debatte wird auf Donnerstag, 11 Uhr, vertagt. (Vorher Antrag bezüglich Fürsorgeziehung.)

Aus der Reichshauptstadt

Die Landtagswahlwahl im 11. Berliner Landtagswahlbezirk.

Am 21. Februar finden im 11. Berliner Landtagswahlbezirk Wahlmänner-Ergebniswahlen statt. Die Genossen des Landtagswahlbezirks waren am Dienstag, 13. Februar, in den Pflanzsälen in der Müllerstraße versammelt, um zur Wahl Stellung zu nehmen. Eine sehr gutbesuchte Versammlung haben wir lange nicht gesehen. Genosse Hugo Haase hielt das Referat. Er schilderte die Bedeutung der Wahl. Einstimmig wurde Genosse Dr. Franz Mehring zum Nachfolger des Genossen Liebknecht aufgestellt. Der Vorsitzende des Wahlkreises, Genosse Leib, appellierte an die Versammelten, alle Kräfte einzusetzen, um den Sieg des Genossen Mehring herbeizuführen. Die vom besten Geist besetzte Versammlung gelobte, alles zu tun, um dieses Ziel zu erreichen. Es sind falsche Freunde an der Arbeit, um die Wahl von Wahlmännern zu betreiben, die einen Regierungssozialisten wählen wollen. Das muß verhindert werden. Der Name Liebknecht würde durch eine solche Wahl geschändet werden. Unsere Genossen müssen alle Kraft anspannen, energisch für die Wahl von Wahlmännern zu wirken, die sich für die Wahl Mehrings verpflichten. Die Genossen des 8. Kreises müssen sich den Abteilungen zur Verfügung stellen, in denen die Wahl stattfindet. Am Tage der Wahl selbst müssen vor allem die Genosseninnen die Listen ausfüllen, die in der Wahlhilfe noch offen sind.

Die bürgerlichen Gegner stellen keinen Kandidaten auf, wohl aber unsere Regierungssozialisten in der Person des Vorsitzenden des Eisenbahnerverbandes, Brunner, einer Organisation, die das Grundrecht der Arbeiter preisgeben hat. Das ist bezeichnend.

Die Ansicht weiterer Kreise des Volkes über die Beurteilung Liebknechts kann nur durch die Wahl Mehrings zum Ausdruck gebracht werden. Dabei befinden sich die Genossen in voller Uebereinstimmung mit dem Genossen Liebknecht selbst.

Genossen und Genossen! Werbt und wirkt für die Wahl Mehrings! Stellt euch zur Bahardest zur Verfügung! Bis auf weiteres wollen alle Helfer ihre Adressen dem Bureau des Wahlvereins, Gerichtsstraße 71, oder ihrem Bezirksführer mitteilen.

Aus der Neuordnung des Brotbackens und Brotbezugs, die am 18. Februar in Kraft treten wird, heben wir noch hervor, daß den Bäckern zwar das Backen von Kuchen verboten wird, aber die Herstellung von Zwieback nach wie vor gestattet ist. Zwieback darf nur nach Gewicht abgegeben werden, auf Brotkartenabschnitte, die auf 50 Gramm lauten, dürfen nur je 40 Gramm Zwieback abgegeben werden. Für Schank- und Speisebetriebe (Restaurants, Kantinen, Speisebetriebe der Hotels und bergleichen) gelten folgende besondere Bestimmungen: Die Abgabe von Brot an Gäste darf nur gegen Abtrennung der entsprechenden Brotkartenabschnitte erfolgen. Der Inhaber der Wirtschaft ist verpflichtet, zu gestatten, daß seine Gäste auch mitgebrachte Brot verzehren. Die Abgabe von Brot an Gäste darf nur gegen besonderes Entgelt erfolgen. Die den Konditoreien mit Ausverkauf gestatteten Kuchenorten und die Preise dafür werden noch besonders bekanntgemacht werden. Etwa vier Sorten Kuchen und fünf Sorten Torten sind für die Zulassung in Aussicht genommen. Es handelt sich dabei aber nur noch um den Verzehr in den Konditoreien und Cafés, während auch diesen der Verkauf über die Straße verboten ist. Kuchen oder Torten dürfen an Roggen- und Weizenmehl insgesamt nicht mehr als 10 Prozent des Gewichtes der fertigen Ware enthalten. Zu ihrer Herstellung darf Hefe nicht verwendet werden.

Die Regelung der Verteilung von Magermilch an Familien mit Kindern zwischen 6 und 10 Jahren wird nunmehr am 10. Februar in Kraft treten. Leider ist die zu verteilende Menge nicht allzu groß. Es ist aber gelungen, wenigstens soweit Magermilch herbeizuschaffen, um jeder der zu bedenkenden Familien voraussichtlich ein Liter wöchentlich zuzuführen zu lassen. Die Anmeldung für den Magermilchbezug hat Anfang Januar stattgefunden; die Anmeldelisten, von denen teilszeit der Milchhändler den Anmeldebüchlein abgetrennt hat, werden vom 10. bis 18. Februar von demselben Händler gegen Magermilchkarten umgetauscht. Die Verteilung erfolgt in der Weise, daß an jedem Tag der Woche die Milchhändler in einem bestimmten Bezirk beliefert werden. Auf der Magermilchkarte ist die Nummer des Bezirks aufgedruckt, so daß jeder Inhaber einer Karte erfahren kann, an welchem Tage er auf Magermilch rechnen kann. Die Verteilung findet statt in Bezirk 1 und 8 Montags, 2 und 9 Dienstags, 3 und 10 Mittwochs, 4 und 11 Donnerstags, 5 und 12 Freitags, 6 und 13 Sonnabends, 7 und 14 Sonntags. Die Kunden der Meiereien mit Wagenverkauf erhalten von diesen Magermilchkarten, die für einen Wochentag gültig sind. Dieser Tag ist auf der Karte aufgedruckt.

Die Arbeiter sollen 2. Klasse fahren. Klingt war es einem Arbeiter nicht möglich, die 3. Wagenklasse des Frühzuges zu benutzen und er stieg in die 2. Wagenklasse ein. Der Kontrolleur traf ihn und die Folge war ein Strafmandat von 6 M. Auf eine Beschwerde an die Eisenbahndirektion ging dem Arbeiter folgendes Schriftstück zu: „Daß einige Kluge, die von Arbeitern benutzt werden, stark besetzt sind, ist uns bekannt. Dieser Umstand berechtigt jedoch keinen Reisenden, eigenmächtig mit Fahrkarte 2. Klasse ein Abteil 2. Klasse zu benutzen. Diese Eigenmächtigkeit darf im Interesse der Ordnung und des geregelter Verkehrs keinesfalls geduldet werden. Um pünktlich und bequem befördert zu werden, haben sich bereits viele Arbeiter 2. Klasse besetzt, was sie bei den heutigen Arbeitslöhnen sehr wohl imstande sind. Diese Maßnahme entbehrt sie allen Unannehmlichkeiten. Wir sind daher grundsätzlich nicht in der Lage, das nach § 16, 2 der Eisenbahnverkehrsordnung vermittelte erhöhte Fahrgeld niederzuschlagen.“ Nach unserer Meinung wäre es statt dieses guten Rates besser, die Wagen 2. Klasse den Arbeitern 2. Klasse zur Verfügung zu stellen, anstatt sie unter Umständen nur halb gefüllt fahren zu lassen. Der Vorschlag der Eisenbahndirektion birgt in Wirklichkeit eine Verletzung des Verkehrs für die Arbeiter in sich.

Unentgeltliche Pockenimpfungen. Da in der letzten Zeit verschiedene Pockenfälle in Berlin vorgekommen sind, werden laut Mitteilung des Magistrats bis auf weiteres in den städtischen Krankenhäusern Rudolph-Virkow, Friedrichshagen, am Urban und Moabit Impfstermine abgehalten werden. Es wird empfohlen, von dieser Einrichtung weltwehenden Gebrauch zu machen. Impfungen erfolgen in den genannten Krankenhäusern Werktags in der Zeit von 10 bis 11 Uhr vormittags.

Die neuen Pfennige aus Aluminium sind am Dienstag den Berliner Bankhäusern von der Reichsbank überreicht worden. Die Aluminiumpfennige sind etwas kleiner als die Kupferpfennige aus Nickel.

Wegen Ermordung eines Kindes wurde der 31 Jahre alte Händler Rob. Dehmke aus der Koloniestraße 140 verhaftet. Er bewohnt mit seiner Frau und einem Söhnchen von einem hohen Jahr im ersten Stock des Seitenflügels eine Stube und Küche. Hier fand seine Frau, die bei der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft arbeitet, Dienstagmorgens keinen Einlaß, als sie von der Nachschicht kam. Sie standte, daß ihr Mann mit dem Kleinen bei ihrer Mutter sein werde und ging dorthin. Unterwegs wurden Hausgenossen durch einen Gasgeruch auf die Wohnstube aufmerksam, ließen öffnen und fanden Dehmke totungslos mit dem Kind im Arm im Bette liegen. Er hatte alle Gasflüsse geöffnet. Ein Arzt und Samariter der Feuerwehr riefen den Mann in das Leben zurück, dem Kinde konnten sie jedoch nicht mehr helfen.

Zu dem Bergsturzstich der Frau Schönsfeld wird mitgeteilt, daß die ebenfalls erkrankte Tochter und die Cousine der Verstorbenen schon wieder hergestellt sind. An den Rohrläden soll die Erkrankung nicht gelegen haben.

Wegen Vergehens gegen Kriegsverordnungen hatte sich der Sattlermeister Raelling vor der 3. Strafkammer des Landgerichts II zu verantworten. Er war vom Schöffengericht wegen Kriegswuchers, unvorschriftsmäßiger Führung des Lagerbuchs und Verkaufs beschlagnahmter Waren zu 1250 M. Geldstrafe verurteilt worden. Der Staatsanwalt hatte gegen das Urteil Berufung eingelegt. Der Staatsanwalt hielt ihn für überflüssig und beantragte 2 Monate Gefängnis und 22 000 M. Geldstrafe. Das Gericht war gleichfalls der Ansicht, daß Kriegswucher vorliege und verurteilte Raelling zu 12 000 M. Geldstrafe. — Die 1. Strafkammer des Landgerichts Berlin I verhandelte gegen den Angestellten in einer Eisenbahnfabrik Max Israel, der beschuldigt wurde, große Mengen Schweinefleisch an den Kaufmann Wilhelm Schramm in Berlin zum Preise von 1,80 M. verkauft zu haben. Außerdem mußte Schramm für das Fleisch, das aus Teilen bestand, die die Fabrik nicht verwenden konnte, an Israel noch Provisionen bezahlen, durch die sich das Fleisch für das Pfund auf 2,15 bis 2,60 M. stellte. Israel wurde wegen übermäßiger Preissteigerung zu 12 000 M. Geldstrafe verurteilt.

Ein tödlicher Straßenbahnunfall in der Oranienburger Straße, bei dem die Schaffnerin Zielona ums Leben kam, beschäftigte die 4. Strafkammer des Landgerichts I. Unter der Anklage der fahrlässigen Tötung hatte sich der Straßenbahnführer Friedrich Kühn zu verantworten. Der Angeklagte hatte, während die Schaffnerin an ihrem Wagen beschäftigt war, seinen Wagen in Bewegung gesetzt, so daß die Schaffnerin gegen den Wagen gedrückt wurde. Sie starb während der Ueberführung in ein Krankenhaus. Der Angeklagte führte zu seiner Entschuldigung an, daß er plötzlich einen Schwächeanfall gehabt. Medizinalrat Professor Dr. Straßmann sahte sein Gutachten dahin zusammen, daß bei dem Angeklagten die Möglichkeit einer völligen Bewußtseinsstörung im Augenblick des Unglücks nicht ausgeschlossen sei. Das Gericht sprach den Angeklagten frei.

Erweiterte Sitzung des Landesvorstands der Sozialdemokratischen Partei Sachsens.

(Fortsetzung.)

Sindermann

trägt noch den Schlußsatz des Aufrufs der Arbeitsgemeinschaft vor, in dem zur Gründung der Sonderorganisation aufgefordert wird.

Mollenhuth:

Castan sagt, es müssen Handlungen vorliegen, ehe man gegen jemand vorgeht. Daran sei kein Zweifel. Wenn er meinte, es sei auch von anderer Seite gefordert worden, und wenn er auf das Parteistatut verweise, so sei darauf zu erwidern, daß keine Vergeßlichkeit geübt worden, sondern nur gesagt worden sei: Wo sich erhebliche Mißstände fanden, an den Boden der Sonderbestimmungen stellen, so haben sie sich damit außerhalb der Partei gestellt. Das treffe dann auch auf einzelne Genossen zu. Und wo die Beitragsperre ausgedrückt wird, sei die Sachlage ebenso klar. Unser Vorgehen sei nicht

aggressiv, sondern nur die Aufnahme der einschlägigen Konsequenzen gegenüber der anderen Seite. Um diese Meinungsunterschiede handelte es sich nicht. Der Dresdener Parteitag habe z. B. sehr erhebliche Meinungsverschiedenheiten gezeigt, trotzdem sei keine Spaltung eingetreten. Meinungsverschiedenheiten hätten wir von jeher gehabt. All das habe die Partei aber getragen, weil die Grundlage des Handelns für die Gesamtheit immer war, was mit Mehrheit beschlossen wurde. Darin unterschieden sich gerade die Vorgänge der Gegenwart von den früheren. In der Sache, die eigentlich im Mittelpunkt des ganzen Streites stehe, nämlich zur Frage der Landesverteidigung, stehe die ungewisse Mehrheit. Ein Parteitag sei nicht möglich. Der Parteiaussschuss habe deshalb wiederholt die Richtschnur geben müssen. Aber immer habe die Mehrheit für die Landesverteidigung entschieden. Da hätte man sich unterordnen müssen. Wenn wir diesen Grundsatz der Demokratie verlieren, dann hören wir auf, die Macht zu sein, die wir sind. Als die Minderheit die Aktionsfreiheit für sich verlangt, habe er gesagt: Das ist die Spaltung der Partei. Immer sei vorher der demokratische Grundsatz hochgehalten worden, und er hätte seinen alten August Vebel leben wollen, wenn dieser Grundsatz übertreten worden wäre. Das für die eine Minderheit gelten würde, müsste auch für alle anderen Minderheiten gelten. Denn wo komme es vor, daß wir ganz geschlossen wären? Höchstens beim Nuchthausgesetz und anderen Anlässen, wo es sich um die Grundrechte der Arbeiterklasse handelte. Aber sonst nicht. Denn dann könnten wir 200 Abgeordnete haben, und es würde uns gar nichts nützen, wenn alle ihre besonderen Wege gehen wollten. Er (Moltken) sei für die Kreditbewilligung eingetreten. Wenn aber eine Mehrheit dagegen gewesen wäre, hätte er sich gesüßt. Die Spaltung der Fraktion mühe unbedingt die Folge haben, daß auch die Partei sich spalte. Nur eine Frage der Zeit war es, daß der Mißbrauch in die Partei kam und in die tiefsten Tiefen drang. Vielleicht sei auch einmal der Zeitpunkt des Einigungsaktes, aber jetzt dürften wir nicht dulden, daß einer tut, was er will. Was für die Fraktion gelte, gelte auch für die einzelnen Parteigenossen. Wie sollte es werden, wenn wir Kandidaten aufstellten? Er spreche nicht von ansichtslichen. Denn die Leute, die sich selbst nennen, hätten die Partei von sich ausgeschlossen. Auf der Januar-Konferenz der Opposition seien die Mehrheitsgenossen ausgeschlossen gewesen. Da ließe sich ein klarer Strich ziehen zwischen sich und der Partei gemacht haben, müßten die anderen Esel sein, wenn sie nicht die Konsequenzen zögen. So schmerzhaft das sei, so bleibe doch nichts anderes übrig, als sich mit dem Gedanken vertraut zu machen, daß zwei sogenannte sozialistische Parteien nebeneinander existieren. Er sage „sohannte“. Denn es machten sich in der Opposition Gruppen mit anarchistischen Tendenzen bemerkbar. Wie es früher mit Balzarin anlangt und mit Johann Most und später mit den Berliner Jungen eubete, so machten sich auch jetzt die gleichen Tendenzen bemerkbar. Wenn es einmal wieder zur Einheit komme — und es müsse dahin kommen, angesichts der Aufgaben, vor die die Partei gestellt werde, Aufgaben, wie sie ihr noch nicht gestellt gewesen seien —, dann werde auch diese Krise vorübergehen. Wir müßten die Arbeiter zusammenbringen, um in gemeinsamem Ansturm das Ziel zu erringen. (Beifall.)

Schöpflin:

Was Castan vertritt, passe nicht in die Gegenwart. Was dem Menschen Castan alle Ehre mache und was wir auch wünschen, widerspreche dem, was die Gegenwart verlangt vom Standpunkt dessen, der berufen ist, die Interessen der Arbeiter wahrzunehmen. Auch ihre Castan über den Sinn der Sache. Er sage: Nicht das Bekenntnis, sondern nur Handlungen dürften getroffen werden. Wenn sich aber jemand zu den Beschlüssen der Sonderkonferenz bekenne, dann müsse der Strich gezogen werden. Wollten wir später eine Partei, die wirkungsvoll ist für die ungeheuren Aufgaben, die uns bevorstehen, dann brauchen wir die Einheit. Alle Opposition sei zu achten, den Ausschlag gebe, wenn man sich bekennet zur Sonderkonferenz und ihren Beschlüssen. Wir würden auch in Sachen wieder zu dem Ziele der Einigung kommen, denn auch die Leipziger Genossen machten es auf die Dauer nicht mit, außerhalb der Partei zu stehen. Ein Wort noch zum 4. August 1914: Er könne es verhehlen, wenn die Rebellen mit den Verhältnissen unzufrieden seien. Aber daß die Leute, die sich am 4. August mit uns erhoben, uns jetzt Verräter nennen, das verhehle er nicht. Meiner habe damals den Vorwurf erhoben, selbst Karl Liebknecht nicht. Wenn Hugo Haase jetzt den Mut habe, uns Verrat an den Grundsätzen vorzuwerfen, dann müsse hervorgehoben werden, daß er dann selbst am 4. August Verrat beging. Wenn er am 4. August Bedenken trug, die Erklärung der Fraktion abzugeben, dann durfte er es auch nicht tun, koste es, was es wolle. Dann mußte er die Konsequenzen ziehen. Ohne diesen infamierenden Vorwurf des Verrats wäre der erbitterte Kampf nicht gekommen. Jetzt müßten, wie es nun einmal liege, die Dinge klar entscheiden.

Genert:

empfehle die vorgelegte Resolution, sie in ihren einzelnen Absätzen erläuternd, und fährt dann fort: Es sei ein ausschlaggebender Unterschied zwischen den Genossen, die auf dem Standpunkte der Opposition, und denen, die auf dem Boden der Sonderkonferenz stehen. Erst nachdem dieser Schritt getan worden sei, seien von der Parteileitung und von den Landesinstanzen die entsprechenden Schritte getan und die Konsequenzen gezogen worden. Gegenüber dem Mandat, die man damit in den nächsten Wochen machen werde, sei volle Klarheit über den Sinn unserer nächsten Schritte vonnöten. Jeder Genosse habe im Rahmen der Partei volle Meinungsfreiheit. Aber bei Vertretung der Sonderbestimmungen vom 7. Januar, die Sonderorganisation bedeuteten, könne es kein Zusehen geben. Die Leitung des 8. Kreises habe sich bereits außerhalb der Gesamtpartei gestellt. Er sei aber überzeugt, daß auch im 8. Kreise eine ganze Anzahl Genossen ist, die uns die Treue halten. Sie um uns zu scharen, werde die Aufgabe des Landesvorstandes in naher Zukunft sein.

Schmidt-Meißner:

Wenn die Opposition durch Schimpfen vernichtet werden könne, dann wäre sie nach der Rede von Grenz längst tot. In der Tat habe die Partei ihre Stellung geändert. Nach dem österreichischen Ultimatum an Serbien habe es geheißen: „Oesterreich ist es, das zum Arzige hegt!“, und: „Dieselben Leute, die euch stets geknebelt und geknechtet haben, wollen euch als Kanonensutler benutzen“. Dann redete Vehmman vollwertig seine erste Kriegsrede und rediffertigte die belagerte Neutralitätsverletzung, und es wurde ihm Beifall geklatscht. Es sei damals große Erregung in der Fraktion gewesen. Nach der Warnung sei es zu stürmischen Auseinandersetzungen gekommen. Dann habe Vebel sich gefaßt werden müssen, daß sich im Plenum jeder so zu verhalten habe, wie es der Würde der Partei entspreche. Seine habe erklärt, nun sei es vorbei mit der Ablehnung von Militärstützung. Wo sei da der Parteivorstand mit seinen Mannstrahlen geblieben? Die Mehrheit habe mehr Freiheit gehabt als die Minderheit. Eine ganze Reihe Mütter sei verboten worden mit der Begründung, daß sie gegen die Mehrheit geschrieben hätten. Gradnauer und Aoste hätten gesagt, wer Sonderkonferenzen abhalte, müsse hinaus aus der Partei. Beide aber hätten immer Sonderkonferenzen gehabt und seien mit vorgefaßten Meinungen in die Fraktion gekommen und hätten ihre Beschlüsse aufgenötigt. Und sie hätten noch den Mut, auf die andere mit Fingern zu zeigen. Sie sollten erst einmal bei sich anfangen. Die Arbeitsgemeinschaft solle der Verbrenner sein und die Partei gespalten haben. Die Minderheit habe ja reden können, aber ihr zu allgemeinen politischen Fragen das Wort zu geben, habe man sich gewepert; auch denen, die noch in der Fraktion sind. Der Vorwärts-Bouffot sei von Vegen genommen worden, der Wahlkreis Zeitungs-Vereiner habe ihn nur nachgemacht. Man wolle die Genossen außerhalb der Partei stellen. Als aber die Süddeutschen das Budget bewilligten, habe Vebel gesagt: Es gibt kein Außerhalb der Partei. Stellen, der Ausschluß führt nur zu Klagen bei den bürgerlichen Gerichten. Die Partei werde jetzt eine ganze Reihe von Klagen er-

leben. (Beifall.) Das Verhalten des Landesvorstandes und der Dresdener Parteiverammlung sei ganz unhaltbar. Unter Organisationsstatut gebe den neun ostfälischen Kreisen gar nicht das Recht, den Bezirksvorstand zu wählen, ihn wählten die drei Dresdener Kreise. Der Rufus der Arbeitsgemeinschaft sei nur die Folge dieser Maßregeln. Er sehe nicht in der Arbeitsgemeinschaft. Er bitte, die vorgelegte Resolution im Interesse der Partei abzuschließen.

Gradnauer:

Schmidt habe eine Veröhnungsgrede halten wollen. An sich könnte ihm das gefallen. Er glaube aber, Schmidt habe sich bei seinem jetzigen Veröhnungsversuch um den Kern der Frage herumgedreht. Dieser Kern seien nicht die Meinungsverschiedenheiten, so tief sie auch seien. Trotz dieser Tiefe der Meinungsverschiedenheit wäre eine Veröhnung möglich. Schmidt erkläre, er silge sich. Wenn es alle so machten, dann wäre die Spaltung nicht eingetreten. So aber hätten wir zwei Fraktionen, die immer ihre Wege für sich gehen. Schuld sei, wer zuerst die Beschlüsse der Mehrheit gebrochen. Schmidt sage, man habe die Meinungsäußerung der Minderheit unterdrückt. Die Arbeitsgemeinschaft hätte das verlangt, was sie sich dann herausgenommen hätten. Sie verlangten, ihnen zu gestatten, daß sie öffentlich eine Politik gegen unsre Fraktion vertreten dürften. Das wäre ein unhaltbarer Zustand gewesen. Seine, Kolb usw. seien in die Debatte gezogen worden. Es gebe einen großen Teil, die deren Politik nicht mitmachen. Aber das Entscheidende sei immer, daß Seine, Kolb usw. keine Disziplinsanktion begingen, wie es die Arbeitsgemeinschaft getan. Der Parteivorstand würde ein schweres Verbrechen begehen, wenn er wegen einer Meinungsäußerung Mannstrahlen gegen Kolb, Seine usw. erlassen wolle. Auch gegen Liebknecht konnte er das nicht. Diese Leute hätten nicht das Organisationsstatut gebrochen. Schmidt sage, er (Gradnauer) habe auch Sonderkonferenzen abgehalten. Er habe sich vorher nie daran beteiligt, und auf dem Parteitag in Chemnitz seien er und Zimmermann es gewesen, die den Antrag gegen Sonderkonferenzen einbrachten. Wenn er sich jetzt mit anderen bespreche, so sei das doch berechtigt, so bedauerlich es auch sei, daß der Antrag dazu geschaffen wurde. Aber das sei etwas anders, als wenn man sage: Ich silge mich dem Beschlusse der Mehrheit nicht. Die Vorwärtsfrage sei ganz anders als Schmidt sie darstelle. Der Vorwärts sei erst ganz patriotisch gewesen. Dann sei er anders geworden, und er habe ein gewisses Maß von Schuld, daß es in der Partei so gekommen ist. Immer habe er gesagt, das ganze Ausland wolle den Frieden, nur die deutsche Regierung nicht, auch die deutsche Sozialdemokratie wolle ihn nicht. Damit habe der Vorwärts eine Irrführung sondergleiches begangen. Als der Vorstand eintriff, beschloß die Minderheit den Boykott und trieb die Leser in die Arme der bürgerlichen Presse. Die Massen machten aber nicht mit. Man sage, die Beschlüsse seien nicht, solche Beschlüsse gegen die Sonderkonferenz zu fassen. Aber es sei kein Parteitag möglich. Die Opposition habe ihn auch nicht gewollt. Daraus entnimmt man nun einen Freibrief für alle Disziplinsanktionen. Nicht der Parteiaussschuss habe zu entscheiden, sagt man. Aber hat vielleicht irgendeine Parteiverammlung zu entscheiden? Gewiß wollten wir Bedenken ablegen, aber wir selbst als Männer müßten auch unser Urteil haben und uns nicht um die Konsequenz herumdrücken. Man spreche von Angst vor der Opposition! Dabei habe man sich doch in zahlreichen Parteiverfassungen gründlich auseinandergesetzt. Die Dinge seien auf einen Punkt gekommen, wo man nur die Schlussfolgerung zu ziehen habe. Von Angst habe man schon immer gesprochen. Die Lebensmittelpunkte habe man benutzt, um die Opposition zu vernichten. Und was habe man damit erzielt? Der 8. Kreis mit seinem von Mitleid getragenen Fanatismus sei organisatorisch gerade auf den tiefsten Stand gekommen. Die „Stimmung der Massen“ sei der Gelb vor diesem Parteistreit. Damit müsse Schluss gemacht werden. Die sich absondern von der Partei, die mögen es versuchen, die „Massen“ zu rufen. Auf was komme es denn der Arbeiterschaft an? Daß wir sie vor der bitteren Not leucht und in der kommenden Zeit einigermassen schilfen, daß wir die äußerste Not einigermassen mildern. Wegen der Arbeitsgemeinschaft erhebe er die Anfrage, daß sie die praktische Aufgabe, zu helfen, nicht aufzöhret, sondern uns nur Schwierigkeiten gemacht, uns Anisipal zwischen die Beine geworfen habe. Der Landesvorstand habe recht, wenn er zu Schulz sagte: Du gehst zu der andern Organisation, dann können wir nicht eine Organisation gemeinsam haben. Komme die organisierte Opposition zur Einsicht, dann können wir auch wieder zusammenarbeiten. (Beifall.)

Kräähig:

Er sei mit Gradnauer einig darüber, daß die Massen mit dem Parteifreie nichts zu tun haben wollen. Es seien nur wenige Leute, die insofern einseitiger Information erregt seien und nun erregt würden insofern der Witterung des Krieges. Er komme eben aus seinem Kreise. Die Genossen in Vöban hätten ihn ersucht, auseinanderzusetzen, wie er über die Fragen des Krieges denke. Wenn Castan sagte, es sei fraglich, wie die Massen zur Mehrheit oder Minderheit halten, dann könne er demgegenüber sagen, daß die Massen in erkennlicher Weise hinter der Mehrheit stehen. Wenn er gehört habe, was die Vöbaner Genossen der Minderheit geredet hätten, als er ihnen auseinanderetzte, wie die Dinge mit dem Vorwärts gegangen sind, so müsse er bekunden, daß nicht nur ihre Bedenken gegen die Mehrheit schwanden, sondern daß auch ihre Erörterung ins Gegenteil umschlug darüber, daß sie bisher falsch unterrichtet wurden. In Sonderkonferenzen seien er und Hädel bereits eingeladen worden, als sie eben erst in den Reichstag einzutreten, von Leuten, die meinten, sie ständen auf dem radikalsten Standpunkte. Er habe die Teilnahme abgelehnt. Die Genossen der Sonderkonferenz seien dann in die Fraktion mit einem vorher festgelegten Standpunkte gekommen ohne Rücksprache, und die Fraktion habe sich dann silgen sollen. Wer recht eigenständig auf seinem Standpunkte stehen bleibe, wer seinen Gedankenfreisinn möglichst unbeschwert lasse von den nackten Tatsachen, der gelte als der rechte Mann, er sei aber nicht der rechte Mann, er gehe meist an der Oberfläche schlüpfend, bringe nicht in die Tiefe, und lasse Beschlüsse gegen die wirkliche Lage der Arbeiter. Er stehe ganz und gar auf dem Boden der Landesverteidigung. Nachdem aber bei der Friedensinterpellation Spahn und Genossen ihre Anmerkungen abgehört hätten und der Reichstagsler unterlassen habe, zu tun, was er tun mußte, habe er die letzten drei Reden der Kriegstreibe abgelehnt. Er erkläre aber, daß, nachdem die Reichsregierung ihr Friedensangebot gemacht und die Entente es nicht nur brüsk abgelehnt, sondern sogar mit der Entschaltung wilder Eroberungspläne beantwortet habe, er so lange bewilligen werde, als die Lage die gleiche sei werde. Wenn man es unternehme, in Berlin das eigene Parteiblatt zu boykottieren, wenn Strödel sagte, die Aufgabe sei, das Vorwärts-Unternehmen zu ruinieren, weil einige Dugend Leute sich auf den Standpunkt stellen, daß nur ihre Meinung gelten solle, dann müsse es den Leuten gesagt werden, daß uns die Einheit der Partei lieber sei als sie. Es werde gesagt, daß wir es seien, die die andere hinausdrängen. Der Bericht in der Leipziger Volkszeitung über die Sonderkonferenz beginne aber mit den Worten: „Der Vorstand der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft“. Daraus ersehe man, daß die Sonderorganisation schon vorher konstituiert war. Könnte der Parteitag jetzt einberufen werden, er sei überzeugt, er werde die Einheit der Partei zu wahren wissen. Die noch bei einigen Genossen vorhandene Auffassung, die Schwierigkeiten des kapitalistischen Staates während des Krieges würden zum Zusammenbruch des Kapitalismus führen, erwießen sich als grundfalsch; denn wenn der Krieg etwas bewiesen habe, dann die Tatsache, daß der Zusammenbruch noch lange nicht zu erwarten sei. Deshalb sei es notwendig, mit Mitteln, wie sie die Gewerkschaften anwenden, aufbauend und bessernd zu wirken. Statt uns zu zerstreuen, müßten wir den Massen zeigen, daß die Partei nie einflussreicher war als jetzt. Nach allem bitte er, den „Notnadel“ einzuschlagen, den die Resolution des Landesvorstandes empfiehlt.

Selbst-Chemnitz:

Auch er habe immer auf dem Boden der Einheit gestanden. Er müsse aber Castan fragen, ob er bei seiner Auffassung auch bleiben

wolle, wenn die Sondergruppe der Arbeitsgemeinschaft nicht nur eine Sonderorganisation gründe, sondern sogar Sonder-Mitgliedstaaten und Beitragsmärkte ausbilde, und wenn die regelrechten Beiträge nicht abgeführt werden? Man frage immer: Was werden die Massen sagen, wenn sie aus dem Kreise zurückkommen? Nun, er sei ein großes Stück an der West- und auch an der Ostfront unter den Leuten herangekommen. Aber immer sei ihm gesagt worden: „Wir müssen hier unsere Haut zu Markte tragen, und seinen Tag unfres Lebens leben, und die im Lande wissen nichts weiter zu tun, als sich zu zerfleischen.“ Er silchte sehr, daß, wenn damit nicht Schluss gemacht werde, die Massen uns einfach links liegen lassen und sich zurückziehen würden. Der Parteivorstand habe vor dem Kreise alles getan, um ihn zu verhindern, genau wie bei einem Streik, was dann, als der Krieg ausgebrochen war, habe er wiederum gehandelt, wie wir es beim Streik zu tun gewohnt sind: Alles daran zu setzen, daß der Feind uns nicht ins Land kommt, unser bishen Hab und Gut in wenigen Minuten kurz und klein schlägt und unser Land der Vernichtung unterwirft. Wenn nun die Arbeiter sich in einer solchen Lage zerfleischen, dann franten sich die Leute, ob das die Männer der Zukunft seien, die sich in großer Zeit so klein zeigen. Haase „Gebot der Stunde“ sei von den Massen in deutscher Sprache zu vielen Tausenden über die deutschen Eulen angestreut worden, mit der Bemerkung: Soldaten, erhebt euch, denn eure Führer haben keine Hoffnung mehr, es hat also keinen Zweck mehr, daß ihr weiter kämpft! Und umgekehrt hätten es die Massen gegen ihren eigenen Soldaten gemacht. Denen habe man das „Gebot der Stunde“ mitgeteilt, um ihren Kampfesmut gegen die Deutschen aufzuwecken. Man könne ruhig sagen, das das „Gebot der Stunde“ uns 50000 Menschen an Toten und Verwundeten gekostet habe. Man könne immer wieder dazu kommen, Schluss mit dem ganzen Treiben zu machen und zu sagen: Wenn ihr euch der Disziplin nicht silgen wollt, müßt ihr eure eigenen Wege gehen.

Brann (Parteivorstand):

Die Opposition begründe ihre Aktion immer mit den „Gewalttaten“ des Parteivorstandes. Der Parteivorstand habe aber keine Gewalttaten begangen, sondern sich immer im Rahmen des Parteistatuts gehalten. Wo er eingegriffen habe, sei er stets von dem Bestreben geleitet gewesen, die Einheit der Partei zu wahren. Schmidt habe vergessen, zu sagen, daß der Parteivorstand auch gegen andere Leute, die geschrieben und geredet haben, keine Mannstrahlen erlassen habe. Meinungsunterschiede gebe es bei uns wie in keiner andern Partei. Sie sei nie unterbunden worden. Aber Handlungsfreiheit und Organisationsfreiheit innerhalb der Partei gebe es nicht und könne es nicht geben. Täten wir das, so wären wir nicht geworden, was wir sind, wären wir überhaupt keine geschlossene Partei geworden. Der Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaft könne nur ein einheitlicher sein. Es habe deshalb auch jeder für notwendig gehalten, daß wir am 4. August 1914 einheitlich handelten, und daß sich auch der Führer der Opposition herbeiließ, die Fraktionsklärung abzugeben. Kantatz habe geschrieben, daß, wer anderer Meinung in der Fraktion sei, sich in dem Augenblick zu silgen habe, in dem die Fraktion beschlossen hat; dann habe der einzelne zu schweigen, wenn er damit nicht einverstanden sei. Man bespreche, die Opposition sei mundtot gemacht worden, Haase habe das Wort von den „stummen Hundem“ gebraucht. Durch solch ein starkes Wort werde nur die Mächtigkeit des Arguments verdeckt. Dann hätten wir überhaupt nur stumme Hunde, denn in der Frage sei schon jedes Fraktionsmitglied gewesen, daß er in der Fraktion überstimmt worden ist. Dann wären schon Vebel und Liebknecht „stumme Hunde“ gewesen. Die Spaltung der Fraktion gleiche die Spaltung der Partei mit unerbittlicher Logik nach sich, denn auf die Dauer könne auch die Arbeitsgemeinschaft der Grundlage einer organisatorischen Zusammenfassung ihrer Anhänger, könne sie eines Besonnsensbodens nicht einschreiben. Wer nicht am Subjektive die Politik gelernt habe, wolle, daß die Verbindung mit den Genossen im Lande die Grundlage sei und die parlamentarische Vertretung immer befruchtend beeinflussen werde. Das silre dazu, daß der Zustand der Fraktionspaltung auf die Dauer die Partei im Lande auseinanderreißen müsse. Die weitere Folge sei eine dauernde Erschwerung unserer Politik im Interesse der Arbeiter. Denn die Arbeitsgemeinschaft müßte ihre Existenzberechtigung zu beweisen suchen, indem sie der Politik der Fraktion entgegenstehe. Schmidt möge sich die Fraktionsversammlung der Opposition ansehen, dann werde er sagen müssen, daß, wenn die Mehrheit durch Schimpfen totgemacht werden könne, dies durch die Flugblätter der Opposition längst geschehen wäre. Die Sonderkonferenzen hätten immer mehr ein festes Gepräge angenommen und annehmen müssen. Zu eigenen Beitragsmärkten, zu regelmäßigen Beiträgen sei die Sonderorganisation geziehen, und bereits habe man auch Beispiele gehabt, wo die Opposition den Kandidaten der Partei andere Kandidaten gegenüberstelle. Man habe sich dabei gar nicht gekümmert, in Flugblättern unsre Gemeindevorsteher heranzureißen und zu behaupten: Die sozialdemokratischen Vertreter hätten in den ganzen Jahren ihrer Tätigkeit nichts für die Arbeiter getan. Etwas Besseres hätten sich die Genossen gar nicht wünschen können. Castan habe Taten, Handlungen verlangt. Die seine Taten erregt. Trotzdem habe der Parteivorstand, um nicht die Einheit der Organisation zu gefährden, immer wieder darüber hinwegzusehen versucht. Ebert habe die Sonderkonferenz mit der Hoffnung geschlossen, daß die Einheit der Partei aufrechterhalten sein werde. Die Antwort war die Sonderkonferenz vom 7. Januar. Wenn die Genossen der Opposition erklärten, sie wollten im Rahmen der Partei bleiben, dann müßte dieser „Machmen“ von Genossin sein. Wenn die Opposition erkläre, im Rahmen der Partei bleiben zu wollen, so sei das das Wort, das andre aber sei die Tat, und die sei entscheidend. Mit der Gründung des Disziplinstatuts Vorwärts in Berlin habe der Parteivorstand nichts zu tun, aber er habe sie freudig begrüßt, weil sie nötig war, um die Bahnfundat des Vorwärtsboykotts zu paralysieren. Auch wenn es wahr wäre, daß Vegen den Vorwärts boykottiert habe — in Wahrheit liegt der Fall anders —, so sei das kein Vorwand für die Boykottierung durch die Opposition. Wahr sei vor allen Dingen, daß der Vorwärts die rechtmäßige Organisationsinstanz konstatiere, daß er nicht mehr gefallene Genossen, die zur Mehrheitsbildung gehörten, in die Ehrenliste aufgenommen, auch die Anzeigen von Veranlassungen der rechtmäßigen Parteioorganisation abgelehnt gehabt habe. Im gesunden Sinn der Massen sei der später von der Opposition über den Vorwärts verhängte Boykott gescheitert. Die „Massen“, die jene immer im Munde führten, seien nicht die wirklichen Massen. Bei den Schritten, die nun zu tun seien, handle es sich nicht darum, daß wir die Anhänger der Sonderkonferenz außerhalb der Partei stellen wollen. Nein, sie hätten sich selbst außerhalb gestellt, wie belagertenverteilerweise sich jährlich Tausende außerhalb stellen, indem sie die Mitgliedschaft ausgeben. Wenn Gruppen von Genossen sich aufzumuntern und ein neues organisatorisches Gebilde schaffen, dann stellen sie sich mit der Handlung außerhalb der Partei. Das Gebiet der politischen Haltung eines Parteigenossen, das im Einzelfalle Anlaß zu Schiedsgerichtsverfahren gebe, komme hier gar nicht in Frage. Von der Parteileitung sei alles aufgeboten und ein Maß von Duldung gezeigt worden, das es jetzt angebracht sei, ein anderes „Gebot der Stunde“ auszusprechen. Die Vertreter der Sonderorganisation hätten nicht den Mut der Offenheit, sie wollten die Rechte in der alten und gleichzeitig in der eigenen neuen Partei. Es sei die Organisation außerhalb der Partei gestellt habe, müsse für neue Zusammenfassung der Genossen gesorgt werden. Auch wenn einzelne sich auf den Boden der Sonderorganisation stellten, schieden sie aus der alten Partei aus. So schmerzhaft das sei, sei es doch bittere Notwendigkeit. Castan sage, man solle nicht Beschlüsse fassen, die die Aktion der Partei lähmen. Der jetzige Zustand habe aber die Aktionskraft der Partei gelähmt. Mit diesem Zustand müßte ein Ende gemacht werden.